



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 3 (1933)

10 (12.1.1933)

Notenkreuzbanner

DAS NATIONALSOZIALISTISCHE

Verlag: Die Volksgemeinschaft, Heidelberg, Poststraße 3 (Hindenburg). Herausgeber: Otto Vogel, 6800 Heidelberg, Poststraße 3. Telefon 4088. Mannheimer Schiedsgericht: P. 5, 10, Telefon 11 671. Das Notenkreuzbanner erscheint einmal wöchentlich und kostet monatlich 2,10 RM.; bei Trägersubskription monatlich 30 Pfg.; bei Vorbestellung um 10 Pfg. ermäßigt. Bestellungen nehmen die Verleger und Vertriebsstellen entgegen. In die Prüfung des Abdruckes (auch durch höhere Gerichte) vertritt die Redaktion. Kein Widerruf und Rücknahme. Regelmäßig erscheinende Beilagen aus allen Reichsteilen.

KAMPFBLATT NORDWESTBADENS

Verleger: Die Volksgemeinschaft, Heidelberg, Poststraße 3 (Hindenburg). Herausgeber: Otto Vogel, 6800 Heidelberg, Poststraße 3. Telefon 4088. Mannheimer Schiedsgericht: P. 5, 10, Telefon 11 671. Das Notenkreuzbanner erscheint einmal wöchentlich und kostet monatlich 2,10 RM.; bei Trägersubskription monatlich 30 Pfg.; bei Vorbestellung um 10 Pfg. ermäßigt. Bestellungen nehmen die Verleger und Vertriebsstellen entgegen. In die Prüfung des Abdruckes (auch durch höhere Gerichte) vertritt die Redaktion. Kein Widerruf und Rücknahme. Regelmäßig erscheinende Beilagen aus allen Reichsteilen.

Mannheim, Donnerstag, 12. Januar

Deutsches Bauerntum gegen Schleicher!

Der Tageskampf

Die preussische Oberrechnungskammer hat bei Prüfung der preussischen Haushaltsführung einen Skandal von ungewöhnlichen Ausmaßen offengelegt. Im selben Augenblick, da der Reichsfinanzminister die geradezu bedingungslose Finanzlage des Reiches eingestehen muß, erfährt das deutsche Volk Genugthuung darüber, was die Herren Braun-Sieffert-Severing unter einem „außerordentlichen Notfall“ und unter „Grenzländerverlust“ verstanden haben. Sie haben, um einem „außerordentlichen Notfall“ abzuhelfen, schaffensweise Geld unter die Leute gebracht! Nicht unter die zusammenbrechenden Bauern und Mittelständler in den Grenzländern, nicht an die Unzahl von Arbeitern, die seit Jahren keine Existenz mehr finden können, sondern an Zeitungsunternehmen, die „Politik im Sinne der preussischen Staatsregierung“ zu machen gewillt waren. Ueber eine sogenannte „Zentrale Verlags-G.m.b.H.“ rollen die Reichsmärkte nach Millionen an Zeitungen und Korrespondenzen, die dann auch prompt die Reitererei der edlen Spender für die Zukunft in Ordnung fanden. Gut deutsch darf man diese Vorgänge nicht nennen, weil man damit an die Ehre dieser Ehrenmänner rühren würde. Zu den glücklichen Empfängern gehörten u. a. die Kölner Verlagsanstalt und Druckerei A.-G., die „Generalanzeiger“ von Elop und Osterode, die Druckerei Dammert G.m.b.H., Mirbachs Telearbeitsbüro, die „Kölnische Zeitung“. Sie alle befanden sich in einem „außerordentlichen Notfall“, den die noch immer vorhandene preussische Staatsregierung als einen „nationalen Notfall“ empfand und selbst durch „Beistellung“, teils durch „Kredite“ abzustellen bemüht war. Der Geschäftsführer der „Zentralen Verlags-G.m.b.H.“, die keine andere Aufgabe gehabt zu haben scheint, als die Verteilung der amtlichen preussischen Wohlfahrtsblätter, befand sich wahrscheinlich nicht in einem Notfall, denn er bekam 18.000 RM. Jahresgehalt. Eine Aufwandsentschädigung von 4000 RM. forderte dafür, daß er sich nicht in Auf in die bedrohten Grenzländer verlor, sondern in die bedrohten Grenzländer verlor. Außerdem bekam er, damit er sich gut erhalten konnte, auch noch eine Urlaubsgeldentschädigung von 2000 RM. pro Jahr. Die Männer aber, die diesen Skandal persönlich zu verantworten haben, bemüht sich gegenwärtig bei Herrn von Schleicher mit bisher noch unbekanntem Erfolg darum, daß sie zu ihrem nach wie vor unveränderten Gehalt auch wieder den entforderten Wirkungskreis bekommen. Herr Braun hat dabei aus leicht begreiflichen Gründen Wert darauf, daß er dem preussischen Landtag den neuen Haushalt servieren darf.

Die Sabotage des aktiven Widerstandes während der Ruhrbesetzung hatten anschließend den Ausweis der zehnjährigen Wiederkehr für gekommen, die belebte Weste durch Wirtschaftskrisen rein zu waschen. Statt schamvoll ihr Haupt zu verbergen und heillos zu sein, daß man sie für die indirekte Unterfütterung der Mächte im Kampf gegen die Wirtschaft an Rhein und Ruhr nicht zu verantworten steht, haben sie sich als „Retter“ auf. Dabei beschuldigen die roten und demokratischen Genossen darauf, daß sie die heldenmütigen Taten der Arbeiter und Beamten, die in herrlicher Einheit gegen die preussische Regierung und gegen die „nationalsozialistische Goldkammer“ standen, für sich in Anspruch nehmen. Einer der von der Regierung f. H. ins Ruhrgebiet entsandten „Beauftragten“, Herausgeber der Korrespondenz der verstor-

Protest des Reichslandbundes gegen die Ausplünderung der Landwirtschaft zu Gunsten der Geldbeutel-Interessenten

Berlin, 11. Januar.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat am Mittwoch folgende Entschließung zur Lage genommen:

Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Verelendungswirtschaft, hat unter Führung der derzeitigen Regierung ein selbst unter einer rein moralischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Maß angenommen. Die Ausplünderung der Landwirtschaft zu Gunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressenten, der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten dauert an. Seitens der Reichsregierung hört die Landwirtschaft im wesentlichen nur Rundfunkreden und inhaltslose Formulierungen, denen trotz längst vorhandener sachlicher Möglichkeiten entscheidende Taten nicht gefolgt sind.

Obwohl mit Ende des Jahres 1932 die Holland gegenüber bestehenden Zollbindungen abgelaufen sind, ist bis heute diese Erleichterung der zollpolitischen Lage nicht durch Inkrafttreten von Zollverhandlungen über deren Ausmaß die auf nationaler Wirtschaft einwirkende Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein kann, ausgenutzt worden. Die daneben notwendigen Konfiszierungsmassnahmen zum Schutze gegen ausländische Ueberverwertung sind auch von der heutigen Reichsregierung nicht ergriffen worden. Eine Regierung, die den Willen zur Erhaltung deutschen Bauerntums hat, müßte wenigstens durch sofortige Erneuerung eines vollständigen und generellen Zahlungsmoratoriums die Verteilung des Bauern von Haus und Hof verhindern. Nichts dergleichen ist geschehen. Durch das bisherige Verhalten der Reichsregierung in den lebenswichtigen Fragen der Agrarpolitik werden auch die vom Reichshaus aufgestellten Ziele der Arbeitsbeschaffung und Siedlung zu reinen Illusionen. Die bisherige

Verelendung der Landwirtschaft wird daher auch den wiederholten Aufträgen, die der Reichspräsident erteilt hat, nicht gerecht.

Die Volksgemeinschaft des deutschen Landvolkes steht zum Ausbruch bereit.

Die Führung des Reichslandbundes fordert von jedem Einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Volksstande aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz.

Dem Reichslandbund ist also endlich unter dem Einfluß der NSDAP der Geduldsfaden gerissen. Er hat bei Herrn von Hindenburg eindeutig zu verstehen gegeben, daß er nicht daran denkt, die verderbliche Politik der Schleicher und Genossen zu stützen. Diese Klärung der politischen Stellung der deutschen Landwirtschaft war auch durch einen eilig einberufenen Empfang bei Hindenburg nicht mehr zu verhindern!

Die Schleicheret läßt nun, — nach der Erklärung des Reichslandbundes verstoßen — von jetzt an werde sie mit dem Vorstand des Reichslandbundes keine Verhandlungen mehr führen.

Wir lächeln angesichts der Ueberheblichkeit des gänzlich bankrotten Systems Schleicher. Immerhin scheint uns wesentlich, daß der „soziale General“ künftig — laut T.L.-Meldung — nicht mehr mit dem Reichslandbund verhandeln wird, sondern wahrscheinlich, so mutmaßen wir, nur noch mit jenen Leuten, die der Regierung aus personalegoistischen Gründen Vorbeeren streuen.

Das Regime Schleicher neigt sich seinem Ende zu. Wann endlich wird Herr von Hindenburg bemerken, daß allein die NSDAP fähig ist, Wandel zu schaffen? Wir haben die Hoffnung aufgegeben, daß dem hochbetagten Reichspräsidenten diese Erkenntnis noch einmal aufgeht!

Wie lange noch?

Der Reichsfinanzminister Graf von Helldorf hat in seiner gestern von uns gebrachten Rede vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages endlich einmal einen Rechenberichtsbericht über die Finanzlage des Reiches gegeben.

Die Ziffern dieses Berichts — unserer Meinung nach noch immer viel zu optimistisch geschätzt, geben ein geradezu vernichtendes Urteil über die Politik der letzten 14 Jahre ab. Das System steht als Angeklagter vor dem deutschen Volke. Wir Nationalsozialisten werden durch unermüdete Aufklärung der Volksgenossen dafür sorgen, daß es sich nicht durch seine letzte Verkleidung in das Mantelchen der „autoritären“ Regierung vor der kommenden Abrechnung drückt.

Zunächst einige Zahlen, losgelöst von dem Wust ministerieller „Veränderungen“ und Entschuldigungen. Das Gesamtdesizit des Reiches betrug:

1930	1 190 Millionen RM.
1931	1 690 Millionen RM.
1932	2 070 Millionen RM.

Wir haben also in den letzten Jahren ein zweifaches Anwachsen des Gesamtdesizits um 4—500 Millionen RM. zu verzeichnen. Eine wirklich aussergewöhnliche Finanzkatastrophe!

Endlich erhalten wir auch einmal eine herkömmliche Aufklärung über die Höhe der Subventionen und Vorkasse des Reiches:

750 Millionen Franken	
437 „	Handel und Industrie
270 „	Landwirtschaft
155 „	Wohnungs- u. Siedlungsweesen
150 „	Straßen- und Wasserstraßen
2 290 „	Steueraufschüsse

An diesen Zahlen interessiert zunächst einmal die Tatsache, daß die Reinerträge für die meist in jüdischen Händen befindlichen Banken allein fast dreimal so viel ertrugen, wie für die deutsche Landwirtschaft. Oder daß für die Garantie und Vorkasse der Ausfuhrerträge (fällt unter die 437 Millionen für Handel und Industrie) allein 400 Millionen Mark aufgewendet wurden, also wiederum bedeutend mehr als für die Landwirtschaft.

Einen Großteil dieser Subventionen kann das Reich ruhig in den Schornstein schreiben. Der Verlust von hundertsten von Millionen Mark wäre durch die Verstaatlichung der Banken zu vermeiden gewesen. Selbst wenn haben es die Regierungen der letzten Jahre vorzuziehen, die zusammenbrechenden Banken auf Kosten des gesamten Volkes wieder flott zu machen.

Für die deutsche Landwirtschaft hingegen, die als Grundbesitzer der gesamten Volksernährung zunächst hätte geschützt werden müssen, hat man nur 71 Millionen für Pannierkredite und 117 Millionen für die Mittel und rund 30 Millionen für verschiedene Aufgaben aufgebracht. Der Ertrag dieser sehr ungleichen Hilfe ist darin zu sehen, daß diese 270 Millionen — weil man nicht grundsätzlich das Hebel an der Wurzel packte — in ihrer Wirkung bedeutungslos geblieben sind. Die landwirtschaftliche Lage ist heute noch schlimmer als vor einem Jahr. Die Subventionen müssen wirkungslos bleiben, solange nicht die hierarchische Mese der Außenhandelspolitik verlassen werden.

Als in allem erahnt sich aus den laufenden Krediten und Vorkassen folgende Vorbelastung für die Reichsfinanzen der kommenden Jahre:

1934	750 Millionen
1935	750 „
ab 1936	500 „

pro Jahr.

Die Finanzgebarung der Regierung ist also

NS-Lehrer wieder in Dienst gestellt

Mannheim, 11. Jan. 1933. Wie wir aus der Stelle berichten, hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion bei der badischen Regierung gestern die Wiedereinstellung des Unrechts beantragt, das einer großen Anzahl von Beamten, die sich zur NSDAP bekannten, angetan wurde.

Genie erfahren wir aus dem Unterrichtsministerium, daß die Wiedereinstellung von drei der entlassenen nationalsozialistischen Lehrer bereits verfügt wurde. Es sind dies die Pgg. Mehlner, Hornung und Frz. Hofmann. Wie wir weiter erfahren, ist beabsichtigt, auch den anderen Beamten in aller Eile Wiedereinstellung zu lassen. Wir hoffen, daß dies in aller Eile geschehen wird, damit das vom Herrn Staatspräsidenten gegebene Versprechen der Gleichberechtigung aller Volksgenossen auch zur Tat wird.

benen Demokraten, hält sich für verpflichtet, seinen und seiner Genossen unbekannten Ruhm leistungsfähig in Erinnerung zu bringen. Leider verschweigt der ehrenhafte Heilige, sicher mit gutem Grunde, worin die verdienstvolle Tätigkeit dieser Herrschaften bestanden hat und begnügt sich mit vorsichtshämischen Seitenhieben gegen die Aktivisten. Bei dieser Einstellung kann man sich denken, daß der Rundfunkvortrag des Münchener Nationalisten Edgar Jung, der als Aktivist in der direkten Abwehr des Befehlungs-

Den nationalsozialistischen Beamten, die sich auch durch den amtlichen Terror in ihrer Gesinnung und in ihrer Treue zur Bewegung Adolf Hitlers nicht wankend machen ließen, sollen wir unsere volle Anerkennung für den bewiesenen Opfermut.

Neue SPD-Korruption

Soafeld, 11. Januar.

SPD-Epikurandiblat unterschlägt Arbeitergroßchen. Der sozialdemokratische Epikurandiblat zu den letzten Reichstagswahlen und gleichzeitiger Gewerkschaftssekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Genosse Paul Möbus ist wegen erheblichen Unterschlagungen flüchtigend seines Postens als Gewerkschaftssekretär entbunden worden.

Separatistenterror bekannt ist, dieser Gesellschaft auf die Nerven gefallen ist und nunmehr eine „Aktion“ dagegen unternommen wird. Verschämend, wenn die verantwortlichen politischen Rundfunkgewaltigen sich zwar nicht eindeutig aber verflochten um ein klares Urteil gegen diese Leute herumdrücken. Es würde uns nicht wundern, wenn einer der damaligen Systemlinge nunmehr auch im Rundfunk die Redentaten derer um Braun-Severing während des Ruhrkampfes verzapfte.

eine kaum zu verantwortende Spekulation auf eine umfangreiche Besserung der Wirtschaftslage. Das ganze Finanzprogramm fällt in sich zusammen, wenn die Steuerentnahmen des Reiches nicht in dem erwarteten Umfang steigen und wenn die Arbeitslosigkeit nicht erheblich abnimmt. An eine Senkung der Steuern ist angesichts dieser Vorbelastungen überhaupt nicht zu denken!

Wie sind die Aussichten heute? Die Arbeitslosigkeit steigt unaufhörlich. Auch die Rohstoffpreise haben sich verbergt. Die Statistik können das nicht verbergen. Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren nimmt zu. Die Aussichten auf dem Bau- und Markt, immer ein guter Wertmesser für die wirtschaftliche Entwicklung — sind geradezu trostlos.

Die Schulden des Reiches betragen am 31. Dezember:

12,264 Milliarden (langfristig)
1,836 Milliarden (kurzfristig)

Man wirft uns Nationalsozialisten gerne vor, daß wir inflatorische Absichten hätten. Jetzt stellt sich heraus, daß das Reich allein für Stützungswecke

1 207 Millionen Mark Staatswechsel herausgegeben hat. Also nicht Warenwechsel, sondern die unter Verschleißnahme des kampfhaften Festhaltens an der Goldwährung gefährlichste Finanzierungsmethode, reine Finanzwechsel!

Das ist die Erbschaft, die wir Nationalsozialisten einmal antreten müssen.

Der Weg dieser geradezu gemeingefährlichen Finanzpolitik ist gekennzeichnet durch die Namen Hilferding, Reinhold, Köhler, Dietrich. Das deutsche Volk wird dieser Herrschaften noch lange gedenken. Reinhold-Anleihe, Dames-Anleihe, Hilferding-Anleihe, Dönau-Anleihe und Kreuger-Anleihe sind die Marksteine einer geradezu verantwortungslosen Pannwirtschaft, deren Folgen das deutsche Volk nun zwei Generationen lang belassen.

Nehmen wir noch hinzu, daß außer dem Reich auch die Länder und vor allem Gemeinden bis über den Hals ver schuldet sind, so ist das Festhalten an der bisherigen Finanz- und Währungs politik einfach nicht zu verstehen. Am Ende dieses Leidensweges des deutschen Volkes wird der Name des Reichsbankpräsidenten Luther stehen. Nur über seinen Sturz geht der Aufstieg. Wie lange noch gedenkt sich Herr v. Schleicher „Grasbücker“ Luther der Neuordnung der deutschen Volkswirtschaft, die mit der Brechung der internationalen Bankherrschaft beginnen muß, in den Weg zu stellen? Wie lange noch?

Reichstagspräsident Dr. Brüning v. Dr. Rosenberg 40 Jahre alt

Am heutigen Tag wird der Reichstagspräsident, Dr. Hauptmann a. D. Brüning, der seit dem 30. August 1932 das Amt des Reichstagspräsidenten innehat, 40 Jahre alt. Dr. Brüning ist ehemaliger aktiver Offizier und zeichnete sich während des Krieges besonders als Kampfflieger aus. Von Juli 1918 ab war er Kommandeur des Jagdgeschwaders „Freiherr von Richthofen“. Brüning ist der jüngste Reichstagspräsident in der Geschichte des Deutschen Reichstags. Seine Vorgänger waren in der Mehrzahl bereits über 60 Jahre alt, als sie ihr Amt antraten.

Ebenfalls am heutigen 12. Januar feiert Dr. Alfred Rosenberg seinen 40. Geburtstag. Es gibt heute keinen Nationalsozialisten, der diesen Namen und die Verdienste dieses Mannes im Kampf um ein nationalsozialistisches Deutschland nicht kennt.

Simulanten in den Bresteghettos

Berlin, 11. Januar. Der Außenminister Brüning in der Reichshauptstadt hat der jüdischen Altpresse wieder Stoff zu allerlei Kombinationen gegeben. Selbst dem WTB waren die wilden Sensationsgerüchte seiner Kinder zu dumm, jedoch es sich veranlaßt sah, einen Funkpruch durchzugeben, der die wie ein ausgeglichenes Häher-volk gackenden Pressejungen beruhigen mußte. Der Führer hatte lediglich eine Versicherung mit prominenten Mitgliedern der RSDAP und eine solche mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Wie wir aus besserer Quelle erfahren, hat weder eine Versicherung mit Schleicher stattgefunden, noch ist eine solche verabredet worden. Der Führer ist bereits gestern Abend wieder von Berlin abgereist. Auch die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, wonach Adolf Hitler „sich nunmehr grundsätzlich zu einer Aussprache mit Gregor Strasser bereitgefunden hat“, ist aus der Luft gegriffen. Sie ist genau so unwahr, wie die Nachricht des „Berliner-Courier“, der seinen Lesern mitteilte, Strasser sei in der vergangenen Woche in einer längeren Audienz vom Reichspräsidenten empfangen worden.

„Der Geist der Erhebung muß Gemeingut des Volkes werden“ / Adolf Hitlers Rede in Lage

(Drahtbericht unseres an der Wahlfahrt Adolf Hitlers teilnehmenden Sonderberichterstatters.)

Dettmold, 11. Januar.

Ein Großkampftag von unerhörter Durchschlagskraft in Lippe. In nicht weniger als fünf überfüllten Massenversammlungen sprachen außer dem Führer unser Redner in allen Teilen des lippeischen Landes, im Norden und Osten, im Süden und Westen, so tollt die Versammlungswelle durch das Hermannsland in unaufhaltsamem Siegeszug, alles mit sich reißend, alles aufschauend, das Volk wach-rüttelnd, ermunternd, damit Lippe am 13. Januar weiß, was es zu tun hat.

Die Bewegung marschiert! Die Fahnen stehen auf Sturm! Die Kleinen sind fester gebunden und die Reichen noch mehr geschlossen. So ziehen wir von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, von Saal zu Saal, von Zell zu Zell und immer wieder sehen wir einen in vorderster Linie stehen und unermüdet für die Befreiung der Nation, für die Freiheit des Hermannslandes werben: den Führer! Gernern die romantische Schwabenburg, heute die viel nüchternere Flegelstadt Lage, am Knotenpunkt der Straßen- und Eisenbahnlinien. Auf dem Turmplatz unten wehen die Hakenkreuzbanner, von Ortschaften umspannt und von Menschenmassen umlagert, eine Stadt in einander geschlossener Zelle.

Arbeiter und Bauern, Arbeiter und Beamte, haben sich in dem sonst so stillen Lage zusammengefunden.

In seiner großartigen Rede sprach der Führer über den granatartigen wirtschaftlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes als Folge des politischen Zusammenbruchs der Nation und ihrer inneren Zersplitterung. „Nur ein grundlegender Erneuerungsprozess aus dem Volke heraus vermag die Voraussetzung, das Fundament zu einem Wiederaufstieg zu schaffen. Gesehensmaschine und Kolonialverordnungen am laufenden Band können diesen schweren, aber notwendigen Weg nicht ersetzen.“

Der Führer sprach weiter von dem unerhörten härten, opferreichen, aber gläubigen Kampf der nationalsozialistischen Bewegung und ihren Wegen zur deutschen Volksgemeinschaft.

„Im wirklichen Leben dieser Bewegung ist die Volksgemeinschaft praktisch ausgebaut worden. Die heute Reierenden glauben, durch Gesehe die innere Kraft einer Nation ersetzen zu können. Nicht wie die Reinerneuerung, sondern wie das Volk reagiert: das ist das Entscheidende!“

Kannten unsere Regierungen überhaupt so reden wie heute, wenn ich nicht vor 14 Jahren diese Arbeit praktisch begonnen hätte? Die Parteischwäger wären vom Volkswelt aus längst weggefallen. Heute plappern alle nur noch, daß der Parlamentarismus schädlich ist, daß der Sozialismus schädlich ist. Aber

vor 14 Jahren, da haben sie nicht so geredet, da haben sie mich einen Narren gehalten, alle die ich so reden.

An dem Neuaufbau des deutschen Volkes, den unsere Bewegung gegen die Feindschaft aller eingeleitet hat, hat unsere nationale bürgerliche Welt überhaupt keinen Anteil! Sie hat uns bekämpft und verfolgt wie alle anderen auch. Niemals kann Deutschland sich wiedererheben, wenn der Geist der Erhebung nicht Gemeingut des ganzen deutschen Volkes geworden ist. Alle anderen Versuche werden völlig zwecklos sein und fehlschlagen. Darum ringen wir, darum kämpfen wir nun schon 14 Jahre lang und unser Kampf ist von Erfolg

begleitet gewesen. Wenn unsere Bewegung heute in Deutschland marschiert, dann ist sie schon heute der größte Machtfaktor. Man nehme doch einmal die staatliche Macht weg und wir werden mit den anderen Deutschland zerstörenden Parteien fertig werden und sie innerhalb weniger Stunden hinweglegen. Eine felsenfeste Überzeugung bleibt uns: Wir werden eines Tages dahin kommen, wo heute die Regierenden stehen! Wir werden von vorne mit offener Stirne dahinkommen, mit Ehre, mit Verstand und mit der Macht, die uns dann gestattet, das durchzuführen, was wir heute durchzuführen wollen.“

Der zaudernde Minister-General wollte seine Konklave-Minister in die Wüste schicken

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Jan. Der Auflösungsprozess des Kabinetts Schleicher geht unaufhaltsam weiter. Das Kabinett ist unfähig, irgendwelche Taten zu vollbringen, weil sich die Mitglieder des Kabinetts über die einfachsten Grundfragen nicht einig sind und die Kabinettsaktionen nicht der positiven Arbeit, sondern dem erbitterten und gebissenen Kampf der einzelnen Interessengruppen dienen.

Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, sind die Gegensätze im Kabinett in den letzten Tagen so stark geworden, daß selbst Herr von Schleicher einsehen mußte, daß es hier keinen Ausgleich mehr geben kann, sondern daß irgendeine der im Kabinett vertretenen Interessengruppen vor der anderen kapitulieren und das Kabinett verlassen muß. Die schärfsten Gegensätze bestehen zwischen der Ministerialbürokratie, der verschiedenen Ministerien und dem Reichskommissar Dr. Gerdie. Da Herr Gerdie in der Frage der Arbeitsbeschaffung aber außerordentlich zaghaft vorgeht, und es nicht mag, energisch sein Ziel zu verfolgen, ist dieser Konflikt bis jetzt noch nicht zum offenen Ausbruch gekommen. Einmalige Kreise glauben auch, daß Herr Gerdie alles tun wird, um einen solchen Konflikt zu vermeiden. Als Beweis dafür kann die Tatsache gewertet werden, daß Herr Gerdie entgegen seiner vorher in kleinem Kreise geäußerten Meinung im sozialistischen Staatsrat gegen die Ministerialbürokratie unterliegt. Herr Gerdie scheint sich also entschließen zu haben, sich mit dem Titel des Kommissars für Arbeitsbeschaffung zu begnügen und auf eine Vermittlung des Medankens der Arbeitsbeschaffung zu verzichten.

Eine außerordentliche Gefahrenquelle für das Kabinett ist der Gegensatz zwischen dem

Reichsernährungsminister Freiherrn von Braun auf der einen Seite und dem Reichsbankpräsidenten Luther und dem Reichswirtschaftsminister Warmbold auf der anderen Seite.

Aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß am Samstag vergangener Woche Herr von Schleicher in einer Anwendung von Mut entschlossen war, sowohl Herrn von Braun, wie Herrn Warmbold in die Wüste zu schicken, da das neue von Herrn von Schleicher veranstaltete Konklave nicht nur nicht den erwarteten Erfolg brachte, sondern sogar zu einer Verschärfung der Gegensätze beigetragen hat.

Herr von Schleicher soll sich aber, wie uns mitgeteilt wird, schon kurz nach diesem Entschluß darüber klar geworden sein, daß sein wankender Thron die Belastungsprobe, die der Hinauswurf von zwei so wichtigen Ministern bedeuten würde, nicht überleben könnte. Der in der ersten Wut gefasste Entschluß war schon nach kurzer Zeit vergessen, und die beiden feindlichen Brüder Warmbold und von Braun werden bis auf weiteres in ihren Ämtern bleiben. Diese Tatsache ist bezeichnend für die augenblickliche Situation des Kabinetts. Es muß traurig aussehen, wenn Herr von Schleicher alles beim Alten läßt, obgleich er weiß, daß positive und ertragsreiche Arbeiten auf Grund der bestehenden Gegensätze im Kabinett unmöglich sind.

Es ist immerhin beachtlich, daß durchaus ernst zu nehmende politische Kreise der Reichshauptstadt in diesem Zusammenhang davon sprechen, daß Herr von Schleicher wohl selbst nicht mehr daran glaubt, noch lange auf dem Stuhl Bismarcks sitzen zu bleiben. Die Situation des Kanzlers hat sich in den letzten acht Tagen von Tag zu Tag verschlechtert. Der Beginn der Parlamentarisation wird die Lage Herrn von Schleicher nicht verbessern, so daß ihm tatsächlich selbst bei eifrigstem Fortschreiten kein Ausweg mehr bleibt als der Rücktritt des Kabinetts, das durch Firmenänderung versucht, den Bankrott eines Systems zu verschleiern.

Kreise, die Herrn von Schleicher nahe stehen, sind sich über den Ernst der Lage durchaus im Klaren und die verschiedenen, der Öffentlichkeit schlecht verständlichen Weltausbrüche dieser Kreise dürften als Resultat der Unbereitschaft der Herren dieser Kreise zu werden sein, die zu der Überzeugung kommen mußten, daß ihr kein angelegtes Intelligenzspiel umhine gemacht worden ist.

Man abt Herrn von Schleicher nicht mehr lange Zeit, und wir müssen hoffen, daß wir das Verschwinden dieses merkwürdigen Kabinetts umso mehr begrüßen, je früher dies geschieht.

Dr. Venetie rechnet ab!

Dresden, 10. Januar. In einer NS-Verammlung sprach am Montag in Dresden der in Zusammenhang mit dem Fall Heuschke bekannte SA-Führer und Landtagsabgeordnete Dr. Dr. Venetie. Der Parteiführer, so sagte er, liegt viel an der Aufklärung des Falles. Sein Aufenthalt in Bad Müritzen habe mit der Angelegenheit nicht das mindeste zu tun. Von der Seite der Gegner der RSDAP habe eine systematische Hetze eingesetzt, die an Öffentlichkeit nicht zu überbieten sei. Der Vortragende wandte sich mit scharfen Worten gegen die marxistische und gegen die bürgerliche Presse. Die beide falsch zum Fall Heuschke einseitig seien. Ferner wandte er sich gegen die jüdische Regierung, der er mehrfach vorwarf, ihre Pflicht nicht getan zu haben. Auch die Staatsanwaltschaft habe verfehlt.

Dr. Dr. Venetie teilte im weiteren Verlauf seiner Rede mit, daß die nationalsozialistische Fraktion im Landtag für die Aufhebung seiner Immunität stimmen werde. Die RSDAP habe bei dieser ganzen Angelegenheit nichts zu fürchten. Wenn die Landtagsfraktion für die Aufhebung der Immunität stimme, so wolle sie damit zeigen, daß sie das größte Interesse daran habe, daß diese Angelegenheit unterläßt und ruhig aufgeführt werde, zumal erhebliche Zweifel bestünden, ob von anderer Seite diese Aufklärung angestrebt werde.

Tagung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages

Berlin, 11. Jan. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages setzte am Mittwoch seine Beratungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm in Gegenwart des Reichskommissars Dr. Gerdie fort. Ein inwischen vom Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und dem Christlich-Sozialen Volksdienst eingebrachter Antrag wünscht eine Verringerung der Richtlinien dahin, daß Steuerbefreiungen für die Arbeitsbeschaffung von Arbeitnehmern nicht an solche Unternehmen gegeben werden dürfen, denen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms Arbeitsplätze übertragen worden sind. Ein neuer nationalsozialistischer Antrag verlangt Abschaffung der Leistungszulagen bei der Reichsbahn, und die Verwendung der entsprechenden Summe für Arbeitsbeschaffung.

Auf den von nationalsozialistischer Seite ausgesprochenen Wunsch, die Kleinbauernsiedlung in Ostpreußen besonders zu berücksichtigen, erwiderte ein Regierungsvertreter, Ostpreußen sei von jeher bei der Arbeitsbeschaffung besonders berücksichtigt worden. Im übrigen beharrte der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung dem Kabinettsausschuß für Siedlungsfragen an, und habe dort die Möglichkeit, auch für die Förderung der Siedlung, namentlich in Ostpreußen, einzutreten.

Berlin, 11. Jan. In der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wurde ein Antrag mit dem Stimmen der Nationalsozialisten angenommen, anstelle der Fürsorgepflicht-Arbeiten, Rostandarbeiten bei Zahlung tariflicher Löhne und verpflichtendem Arbeitsverhältnis der Rostandarbeiter durchzuführen.

Mit großer Mehrheit wurde auch ein nationalsozialistischer Antrag auf Abschaffung

der Leistungszulagen bei der Reichsbahn und auf Verwendung der entsprechenden Summe zur Arbeitsbeschaffung angenommen. Ebenso fand ein kommunistischer Antrag Annahme, im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten im Tariflohn und im versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis auszuführen. — Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde der gemeinsame Antrag des Volksdienstes, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zum Verzicht erhoben, wonach für die Arbeitsbeschaffung bei der Arbeitsbeschaffung auch die gesetzlich anerkannten, nicht anerkannten Stellenvermittlungsmöglichkeiten neben den Arbeitsämtern als gleichberechtigter anerkannt werden sollen. — Eine große Mehrheit fand sich für einen weiteren Antrag, der alleinstehenden Parteilosen, Steuerbefreiungen für Arbeitsbeschaffung von Arbeitnehmern nicht an solche Unternehmen zu geben, denen Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm übertragen worden sind.

Ein Zentrumsantrag auf Anrechnung an die Finanzämter zur Verhinderung von Mißbräuchen bei Ausgabe von Steuerbefreiungen für Arbeitsbeschaffung, wurde in der Kommission angenommen, daß als Mißbrauch zu ansehen seien, daß die Ausgabe von Steuerbefreiungen in Höhe von mehr als 50 vom Hundert der Lohnsumme, der im einzelnen Fall mehrbeschäftigten Arbeitnehmer, die Entlassung von älteren und verheirateten Arbeitnehmern oder wesentlich unterklassen, sowie die Einstellung von inneren Arbeitskräften an deren Stelle und die Einstellung von Ausländern.

Am Dienstag kommender Woche wird der Ausschuss zunächst die Anträge zum freiwilligen Arbeitsdienst und zur Dienstpflicht beraten.

Bisher (Berg) w...

Die ... den ... wieder ... klären.

Der ... das ... verhängt.

In ... Fälle ... kontens ... muß gel...

Dienst ... Fälle ... Ränker.

Genera ... durch ... gewählt ... präsident ... und ...

Sämtliche ... hand ... nen ... Abnomme ... der ...

Seit ... seefahr ... den ... reiche ... um ...

Marine ... Rom ... seinen ...

Der ... (den ... Rost ...

Zum ... schaft ... ner ... tritt.

Die ... (den ... der ...

Zum ... schaft ... rufen ...

Aus ...

Hamburg ... 30 ... Hamburg ... um ...

zwei ...

Schl. 11. ... Straße ...

... (den ...

... (den ...

... (den ...

... (den ...

Des

Bewegung
ann ist sie
or. Man
Nacht weg
Deutschland
n und sie
egen. Eine
s: Wir
n kom-
renden
nit offener
Verstand
gestaltet,
durchfüh-

neine

von
er Reichs-
n Reichs-
auf der an-
erfahren
ter Woche
Anwand-
wohl Herrn
in die
von Herrn
lase nicht
rachle, son-
der Gegen-

er, wie uns
lesem Ent-
t, daß sein
probe, die
igen Mini-
hen könne.
tschluß war
nd die bei-
und von
in ihren
ist bezeich-
ation des
eben, wenn
llen läßt.
nd extrova-
bestehenden
ind.
durchaus
reise der
ammenhang
chlecher
kauf, noch
sien zu
ers hat sich
ag zu Tag
Parlamentis-
on Schlei-
n tatsächlich
ein Ausweg
n Kabinets,
den Wan-
n.
her nobeste-
lage durch-
edenen, der
schen Waf-
als Resultat
dieser Kreise
leberzeugung
angelegtes In-
en ist.
n nicht mehr
ben, daß wir
rdianen Ka-
früher dies

ab!
nter NS-Ver-
resden der in
die loennante
ele Pa. Dr.
liege viel an
Kostentall in
legenheit nicht
e der Gegner
die Seite ein-
überbieten sei,
darfen Worten
die hroerliche
nch einseßlich
ie schäffliche
f. ihre Pflicht
Staatsanwalt-

Heren Verkauf
allische Arah-
leiner Immu-
D habe bei die-
fürchten. Wenn
nung der Im-
zeigen, daß sie
ah diese Ange-
schickel werde,
ob von anderer
werde.



Der neue Kommandant von Berlin
Oberst Schaumburg.
Bisher Kommandeur des Inf.-Reg. 1 (Königs-
berg) wurde mit dem 31. Januar zum Stadt-
kommandanten von Berlin ernannt.

N.S.-Funk

Die spanische Regierung hat beschlossen, in den Gebieten, in denen die Ruhe noch nicht wieder hergestellt ist, das Kriegsrecht zu erklären.

Der argentinische Staatspräsident Justo hat das Parlament bis zur Beruhigung der politischen Lage im Lande geschlossen und die Zensur verhängt.

In Nordgriechenland haben starke Schneefälle eingelegt. In einigen Gegenden Regen. Die Temperatur auf 10 Grad unter Null gesunken.

Dienstag vormittag wurde die sterbliche Hülle des Erzbischofs von Venedig im Dom zu Venedig zu Grabe getragen.

General Calles ist vom Kongress von Honduras einstimmig zum neuen Staatspräsidenten gewählt worden. General Williams ist Vizepräsident. Die Amtszeit beginnt am 1. Februar und läuft vier Jahre.

Sämtliche von dem mohammedanischen Aufstand in dem indischen Staat Alwar betroffenen Bezirke sind von den englischen Behörden übernommen worden, um die Ordnung wieder herzustellen.

Seit Dienstag abend lagert über der Nordsee und der Untersee dichter Nebel, der den Schiffsverkehr stark behindert. Zahlreiche Schiffe liegen auf der Elbe vor Anker, um bessere Sicht abzuwarten.

Marineattaché bei der deutschen Botschaft in Rom wird Korvettenkapitän Deyke. Er tritt seinen Posten am 1. April an.

Der Posten des Marineattachés bei der deutschen Botschaft in Paris wird am 1. April durch Korvettenkapitän Beyer besetzt werden.

Zum Marineattaché bei der deutschen Botschaft in London wird Kapitän zur See Wagners ernannt, der seinen Posten am 1. April antritt.

Die veranlagt, wird der Posten eines deutschen Marineattachés in Washington am 1. Oktober besetzt werden. Gleichfalls zum 1. Oktober sollen deutsche Marineattachés in Stockholm, Tokio und Moskau ernannt werden.

Zum Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Warschau wird voraussichtlich Oberst Schindler, derzeit Kommandeur des 19. Bayerschen Infanterie-Regiments in München, ernannt werden.

Ausländische Eisenbahnen im „fliegenden Hamburger“

Hamburg, 11. Jan. Der „fliegende Hamburger“ trat am Mittwoch vormittag mit über 50 ausländischen Fahrgästen aus Berlin in Hamburg ein. Es handelt sich in der Hauptsache um Vertreter französischer und englischer Eisenbahn- und Verkehrsvereinigungen, die den Schnelltriebwagen auf seine Verwendbarkeit und auf außerordentlichen Strecken prüfen wollen.

Zwei Todesopfer bei einem Modellunglück

Suhl, 11. Jan. Auf einer stark abschüssigen Straße in Suhl ereignete sich am Dienstag abend ein schweres Modellunglück, das zwei jungen Menschen das Leben kostete. Trotz wiederholter polizeilicher Warnungen fuhr ein mit vier Personen besetzter Schlitten gegen einen Baum. Der 18jährige Rudi Kindele und der 17jährige Paul Debertschhäuser fanden dabei den Tod. Ein anderer Fahrer mußte mit Gefährdungen in das Krankenhaus überführt werden, während der Besitzer des Schlittens mit heiler Haut davon kam.

Ein Schmugglerreford

Neun Millionen Zigaretten, 1648 Fahrräder in einem Jahr geschmuggelt - 34 500 Strafanzeigen

Köln, 11. Jan. Eine vom Landesfinanzamt Bezirk Köln, in dessen Bereich das Haupt-Schmuggelgebiet liegt, veröffentlichte Zusammenstellung über die im Kalenderjahr 1932 erzielten Erfolge in der Schmuggelbekämpfung zeigt eindringlich den Umfang des Schmuggels. Allein 34 500 Strafanzeigen wegen Schmuggels mußten im Jahre 1932 erstattet werden. Bei den Schmugglerangriffen fielen den Zollbeamten u. a. 9 271 000 Stück Zigaretten, 193 400 Festen Zigarettenpapier und 29 200 Kilo Tabak in die Hände. An Rasse verfielen 1932 als 92 700 Kilo, an Zucker 161 800, an Brot 32 300 Kilo der Beschlagnahme. Auch Getreide und Mäherzeugnisse sind nach wie vor ein begehrter Schmuggelartikel. An Getreide wurden den Schmugglern 105 300 Kilo, an Mäherzeugnissen 100 100 Kilo abgenommen. Die Verschärfung der Bestimmungen in der Schmuggelabwehr brachte auch eine Verschärfung, wonach die beim Schmuggel benutzten Fahrzeuge ebenfalls der Beschlagnahme verfielen. In 1932 waren es 1648 Fahrräder, 57 Kraftwagen und 169 Kraftwagen.

Ein Lagerkuppen der Thörlischen Delfabrik in Flammen

Große Kopra-Borräte vernichtet

Hamburg-Wilhelmsburg, 11. Jan. Am Mittwoch gegen 15 Uhr entstand in dem großen massiven Lagerkuppen der Thörlischen Delfabrik in der ersten Sechsenstraße ein Feuer, durch das die Lagerhallen und ein großer Teil der Borräte vollständig zerstört wurden. Zahlreiche Wehren beteiligten sich an der Löscharbeit. Gegen 15 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Die Nachschärfarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, da man sehr schwer an die einzelnen Brandherde in den Kopra-Borräten herankommen kann. Mehrere sind in Säcken bis unter die Erde aufgestapelt, die zunächst abgetragen werden müssen. Den Vormittag über waren noch 14 Kähre mit den Löscharbeiten beschäftigt. Die Arbeiten werden auch durch die starke Rauchentwicklung

sehr erschwert. Man rechnet mit einer mehr-tägigen Löscharbeit. Als Brandursache wurde Selbstentzündung der Kopra-Borräte festgestellt.

Zwei Kinder erstickt

Die Eltern unter Verdacht verhaftet

Bromberg, 11. Jan. Ein entsetzliches Unglück, dem zwei Kinder zum Opfer fielen, ereignete sich am Dienstag abend in Bromberg. Der Kraftwagenführer Weinert legte, während seine Frau bei einer Nachbarin weilte, sein fünfjähriges Söhnchen und sein dreijähriges Töchterchen zu Bett, um dann ebenfalls zu den Nachbarn zu gehen. Als die Eltern nach zwei Stunden wieder in ihre Wohnung zurückkehrten, fanden sie das Schlafzimmer mit Rauch gefüllt. Der Vater hat wahrscheinlich ein noch glühendes Streichholz auf einen Bettvorleger geworfen, der dann Feuer fing. Auch ein Nachtschiff ging in Flammen auf. Beide Kinder waren erstickt. Der Vater versuchte darauf Selbstmord zu begehen. Er wurde jedoch daran gehindert.

In den späten Abendstunden verhaftete die Polizei die Eltern unter Verdacht.

Selbstmord eines jüdischen Wechselfälschers

Braunschweig, 11. Jan. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ erzählt, hat der Hugo Berthelm-Braunschweig durch Erhängen und Erschießen Selbstmord verübt. Berthelm war der Inhaber des im Oktober zahlungs-unfähig gewordenen Bankhauses J. Berthelm, das sich hauptsächlich mit Grundstücks-geschäften und der Verfertigung von Gütern befaßt hatte. Wegen Berthelm'scher ein-Strasverfahren wegen Wechselfälschung und Falschvergehen.

Der Klapperstorch in der Wahlversammlung

Detmold, 10. Jan. In der Hülseversammlungen am Montag in Hohenhausen mußte

Jüdischer Nervenkitzel

und

Vertuschungsmanöver eigener Verbrechen

Berlin, 11. Januar.

In Berlin trug sich kürzlich folgendes jüdische Erlebnis zu:
Der 27jährige Jude Leopold Maunier — genannt „Poldi“, dessen Vetter, der 27jährige Jude Hans Bronner, der 27jährige Hans Merchel und der 27jährige Heinz Schumann, sowie zwei „Tischdomen“, die 27jährige Selga von Harlem und die 21 Jahre alte Frau Jule Schiller, beschlossen den Garderobepächter Otto Krüger, von dem sie wußten, daß er meistens Geld bei sich trug, niederzuschlagen und ihn auszurauben. Als Anführer wird Selga von Harlem genannt, die früher einmal bei Krüger beschäftigt gewesen ist. Dori wurde sie ihres auffallenden Benehmens wegen entlassen. Sie verliebte sich in Hans Bronner und lernte dann Frau Schiller kennen.
Am 27. Dezember wurde das Verbrechen begangen. 570 Mark waren die Beute, deren Verbrauch ohne große Schwierigkeiten an einem Abend bewältigt wurde.
Der Raub war bald vorüber und mit den ersten Zeitungsmeldungen brachte man dann, von der Angst getrieben, den Eltern gegenüber ein Geständnis zu Tage. Die Geschichte sollte nicht an die Öffentlichkeit dringen, und man fand in der Person des jüdischen Rechtsanwalts Kurt Rosenfeld auch den tatkräftigen Mitthelfer, durch dessen Hände die geraubten 570 Mark dem Garderobepächter wieder zugeführt wurden.
Indes, die Hoffnung, dieses abscheulichen Räuberstückchen damit vertuschen zu können,

erfüllte sich nicht. Auch der Rechtsanwalt Rosenfeld konnte seine Mitschöpfe nicht vor dem Gerichtsverfahren retten.
Wie wir noch dazu erfahren, ist im Zusammenhang mit dieser Chicagoepisode in der deutschen Reichshauptstadt der 18jährige Sohn eines Generaldirektors, der den Komplizen Jahrgeld zur Flucht ankredite, verhaftet worden.
Die Berliner Presse hat über den Vorfall berichtet, und es ist interessant, eine Notiz — nämlich die des fragwürdigen „Hilfs-Blattes“ — besonders zu belegen.
Die gleiche Zeitung, die in diesen Tagen fast Kopf steht mit ihren furchterregenden Meldungen über Nazimorde und Nazishandlungen hat eine eigene Art, ihren Lesern die jüdische Bravourität dunkelsten Verbrechertums mitzuteilen.
Sie macht ein Schildchen daraus: Unterhalt-sam und nett schildert sie das Zusammenfinden der Verbrecher in den Berliner Nachtlokalen und ihre interessanten Persönlichkeiten.
Das ist die Art der Kippapresse, die immer ein Herz für das zünftige Verbrechertum hat. Vrideind und unterhaltam sprudelt sie das Zeugnis der furchtbaren Verkommenheit heraus. Ähnlich peraniagte Veler aber leben sich bald in dieses Milieu der Judenjungens, die ihrem Kerpentigeln Ausgang verschaffen, hinein und verlusten sich schließlich in der gleichen Rolle!
So macht die jüdische Kippapresse aus Berlin allmählich das deutsche Chicago.



Bert Hinkler 90 Stunden überbald

London, 11. Jan. Ueber den seit 90 Stunden verhasenen australischen Refordflieger Bert Hinkler, der auf seinem Flug von London nach Australien in Brindisi seine erste Zwischenlandung vornehmen wollte, wird nachträglich noch bekannt, daß er die italienischen Behörden gar nicht um Erlaubnis für die Ueberfliegung italienischen Gebietes ersucht hatte. Man nimmt daher an, daß er möglicherweise eine ganz andere Richtung eingeschlagen hat.

Schießereien in Sevilla

Paris, 11. Jan. Die halbtägige spanische Nachrichtenagentur Fabra meldet aus Sevilla, daß die dortige Landarbeiterversammlung Dienstag morgen den Generalkrieg angeordnet hat. Vor der Universitäts kam es zu Schießereien zwischen Polizei und Streikenden. Sechs Personen, darunter zwei Polizeibeamte, wurden verletzt. Zwei Verletzte befinden sich in Lebensgefahr.

Weitere Ausschreitungen in Sevilla und den Provinzen Murcia und Valencia.

Madrid, 11. Jan. Im Zusammenhang mit dem von den Syndikaten in Sevilla angesetzten Generalkrieg kam es außer in der Stadt auch in der Umgebung Sevillas zu Schießereien. In einigen Dörfern verhafteten die Landarbeiter, sich in den Besitz des Rathans zu setzen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. In Automobilen herbeigescholtte Polizeiverbahrungen wurden von den Aufständischen beschossen. Im Laufe des Nachmittags gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Auch in Castellon und Murcia kam es zu Ausschreitungen. In der Provinz Murcia mochten die Anarchisten

Ueberfälle auf Dörfer

und verlusten, sich eines Pulvermagazins zu bemächtigen. Gleichzeitig erschossen sie die Telefonleitungen und sperrten die Straßen. Auch hier gelang es der Polizei schließlich, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Samstag-anfälle auf die Eisenbahnlinie Murcia-Cartagena wurden rechtzeitig entdeckt, so daß lediglich Zugverspätungen eintraten. In den Dörfern Veters und Benaguacil in der Provinz Valencia verbrannten die Anarchisten das Gemeindefeld und versperrten die Zufahrtsstraßen. Gleichzeitig wurde ein Zug beschossen, wobei der Maschinist Verletzungen erlitt. Im übrigen Spanien wurden drei weitere

Anschläge auf Eisenbahnlinien festgestellt, die aber ohne Erfolg blieben. In Barcelona bleiben bis auf weiteres die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen wie Polizeiverbahrungen, Dauerbeleuchtung der Straßen während der Nacht, Durchsuchung verdächtiger Personen auf Waffen usw. bestehen.



Generalsbrunn zerstört sinniges Inselort

Uebersichtsbild von dem Festungsgebiet Sveaborg, zu dem das Fort Mac Elliot gehört. Eine der wichtigsten sinnlichen Befestigungen, das Fort Mac Elliot, das auf einer Felseninsel 16 Seemeilen westlich von Helsingfors liegt, wurde durch eine Feuersbrunst zerstört. Insgesamt sind sieben Kasernen und Nebengebäude ein Raub der Flammen geworden. Das Fort Mac Elliot gehört zu den Befestigungen auf den Schären der Hauptstadt, deren Mittelpunkt die Festung Sveaborg ist.

Die Ra-
lich nur be-
die Anhäng-
auf dies, o-
sehung fäl-
wahrhaft d-
gen Theate-
dergewonne-
aller Deutsc-
Blut und
falscherleben,
flamen deut-
neuen deut-
euffisches T-
aus Ihr har-
winnen. Da-
einzelne De-
der, mag er
der will, die
des bejaht,
bewegung in
volksbund
weiser kein
neße Lieber
mit der sie
nige Peiter
nenblättern



Mannheim

Gedenktage.

1835 C. Döring geb.
1867 Festhergreifung von Schleswig-Holstein.
1871 Festhergreifung von Le Mans.
1893 Pp. Alfred Rosenberg geb.
1914 (12.-14.) Siegreiche Schlacht bei Soissons.

Verkehrskontrolle. Anlässlich einer Güterfernverkehrskontrolle wurden gestern nachmittags auf dem Friedrichsring 4 Kraftfahrzeuge festgehalten, die erhebliche Überlastungen wiesen. In drei weiteren Fällen wurden die Papiere nicht in Ordnung befunden. 2 Güterfernverkehrsunternehmen hatten den Reichsverkehrsminister unterbreitet. Die Kraftfahrzeugeführer bzw. Unternehmer gelangten zur Anzeige.

Führerscheinentziehung. Einem 32 Jahre alten Kaufmann aus Mannheim wurde der Führerschein auf die Dauer von sechs Monaten entzogen, weil er einen Kraftwagen gelenkt hat, obwohl er zur sicheren Führung infolge Alkoholgenusses nicht mehr im Stand war.

Abhanden gekommen. Ein einwertiger Führerschein (Prohibitorticket) — kurze Schnur, größere dunkle Stelle am Hals, kleine halbmondförmige auf dem Rücken. Sachdienliche Mitteilungen an die Zentralwache 2 & 1 erbitten.

Verkehrsunfall. Beim Überqueren der Schweifingerstraße wurde Dienstag nachmittags ein dort wohnendes Fräulein von einem Kraftfahrzeug zu Boden geschleudert. Sie erlitt eine starke Prellung der rechten Hüfte und vermutlich auch innere Verletzungen.

Fahradklieb. In der Nacht auf Mittwoch entwendete ein Schreiner aus der Schweifingerstraße ein vor dem G-Quadrat aufgestelltes Herrenfahrzeug. Er wurde später vom Eigentümer des Fahrzeuges auf der Schweifingerstraße gefasst. Da er die Tat bestritt, wurde er ins Gefängnis eingeliefert.

Selbstmordversuch. Beim Holzleien im Waldpark fand Dienstag nachmittags ein Hilfsarbeiter im Dicht zwischen dem Strandbad und der Silberpappel ein Fräulein in bewußtlosem Zustand. Sie wurde mit dem Sanitätskraftwagen zum Berufsfeuerwehr in das städt. Krankenhaus gebracht. Nach eigener Angabe hatte sie, um ihrem Leben ein Ende zu machen, eine große Dosis Schlafmittel genommen. — In der gleichen Nacht stürzte in der Nacht zum Mittwoch ein Webermeister aus den G-Quadranten in der Nähe seiner Wohnung den Gassbahnen. Der Vorfall wurde von Hausangehörigen noch rechtzeitig bemerkt. Nach gewaltiger Öffnung der Jalousien wurde die Verunglückte durch die Berufsfeuerwehr dem städt. Krankenhaus zugeführt. Als Grund der Tat werden Familienstreitigkeiten vermutet.

Palucca kanzl in Mannheim. Nach langer Zeit wird man hier in Mannheim wieder einmal Gelegenheit haben die Palucca, die eigenartigste und bedeutendste unter den deutschen Tänzerinnen zu sehen. Sie wird am Dienstag, den 17. Januar im Musiksaal des Rosengartens ihren einzigen diesjährigen Tanzabend veranstalten.

Schüler und Theater

Die Intendanz des Nationaltheaters hat in Verbindung mit der Direktoren-Konferenz der Mannheimer und Ludwigshafener höheren Schulen die Schülervorstellungen neu organisiert und zwar aus dem Gedanken heraus, daß in der Weiterbildung der Jugend für das Theater und in der Erziehung eines Bewußtseinswunders für spätere Zeiten die wichtigste Aufgabe des Theaters liegt. Es sollen 20 bis 25 Schülervorstellungen im Spieljahr gegeben werden. Das Repertoire der Vorstellungen wird aus einem Programmvorschlag des Intendanten von der Direktoren-Konferenz gewählt. Ferner haben die Schüler Zutritt zu den besonderen Veranstaltungen des Nationaltheaters (Hauptmann-Fest, Wagner-Fest, Shakespeare-Fest usw.). Die Preise sind so niedrig, daß jedem Schüler die Möglichkeit zum Besuch gegeben ist. Der Besuch ist freiwillig.

Die ersten Schülervorstellungen mit „Wallenstein“, „Weber“, „Fidelio“ und „Freischütz“ in dieser Spielzeit haben einen ganz ausgezeichneten Erfolg gebracht. Die Werke konnten zweimal gegeben werden, alle Vorstellungen waren ausverkauft. Es hat sich ein reger Gedankenaustausch zwischen Lehrern und Theater und zwischen Schülern und Theater über die Vorstellungen entwickelt.

Der gesamten höheren Lehrerschaft Mannheims und der Umgebung wurden von Intendanten und dem technischen Direktor in mehreren Führungen die technischen Einrichtungen des Theaters als Instrument für die bildungsmäßige Bewältigung der Werke gezeigt und erklärt. Dramaturgische Ansprachen mit der Lehrerschaft und den höheren Lehrgängen der Schulen sind geplant.

Die Vorstellungen nehmen nach den Weihnachtstagen ihren Fortgang. Zur Aufführung sind geplant: „Endlose Straße“ oder „Marneschlacht“, „König Lear“ oder ein Shakespeare-Lustspiel, „Minna von Barnheim“ oder „Prinz von Homburg“, eine Wagner-Oper, „Arlinda“ und „Die gezeichnete Schube“.

Kampfbund für deutsche Kultur: Schubertabend

Eine der hervorragendsten Errungenschaften des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ ist die zu diesem Zeitpunkt unverdrossen eingehende Inflation von Litteraten, Musikern und Musikanten ständiger Herkunft. Wir wollen, da wir die kulturelle Gebundenheit der Kunst jederzeit nachzuweisen imstande sind, zuallererst den Juden das Recht zu künstlerischer Betätigung belohnen. Was wir jedoch mit aller Energie zu unterbinden vorzuzusetzen sind, das ist die Überforderung des deutschen

Geisteslebens mit den Produkten dieser art- und weisheitsfremden Menschen und weiterhin die Unerschrockenheit, mit der die gesamte blödsinnige und linkssozialistische Presse die Schöpfer dieser Art von Kunst als Deutsche hinzustellen bemüht ist, nur, weil dieselben zufällig der deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. So entstand das Kuriosum, daß unser moderne abendländische Musik normierend morgenländischen Charakter trägt. Es gehört wahrhaftig keine heilsuchende Begabung dazu, um dies wahrzunehmen. Kampfbünde für artfremde Kultur haben wir übergenug; das beweist uns ein Blick auf die Programme des „Pharmakonischen Vereins“ oder der „Gesellschaft für Neue Musik“ (womit nicht etwa die „Neue Musik“ an sich angegriffen werden soll). Diese Vereinigungen haben es sich zur Aufgabe gemacht, vornehmlich das Auftreten jüdischer Interpreten zu protegieren.

Wenn man dies alles nicht wüßte, wäre man versucht, einen Kampfbund für deutsche Kultur in Deutschland für ein Kuriosum ersten

Kleptomanie oder jüdische Raffgier?

Zwischen Kleptomanie und Diebstahl besteht, wie die Wissenschaft vorgibt, ein wesentlicher Unterschied. Wir sind so ehe, dies zugeben, aber leider nicht im Sinne des römischen Rechts. Der Kleptomane ist nach den Auslegungen unserer heutigen (römischen) Rechtslehre jener Mensch, der aus Freude am Stehlen zum Dieb wird, im Gegensatz zu jenem, der aus wirklicher Not gegen das „Recht“ verstößt. Dem arischen Menschen wird es immer unangenehm sein und bleiben, daß die (römische) Rechtswissenschaft den Kleptomane, der selbst begütert ist, milder beurteilt als den Notleidenden. Man fühlt es im Innern — dieses „Recht“ ist uns fremd. (Tatsächlich ist es so. Das römische Recht fand seinen Ursprung schon vor Christi Geburt aus der verschiedenartigen blutsinnigen Bindungen der im römischen Weltreich zusammengeführten Völker zu überbrücken und sie aufgrund des Materialismus und damit des persönlichen „Ich“ zusammenzufassen.) Diese uns wesenstremden Einflüsse sind nicht zuletzt — jüdische. Wer mit offenen Augen und Ohren die Welt sieht und hört, wird beobachten können, daß durch die römische „Rechtssprechung“ der jüdischen Hab- und Raffgier in weitestem Maße Vorbehalt geleistet wird, und der Jude reichlich davon Gebrauch macht.

Warenhaus- und Ladendiebstahl kleiner Missetäter füllen die Spalten der jüdischen Journale und die Akten der Gerichtshöfe, während für die „armen“ reichen Kleptomane der Staatsanwalt keine Ursache hat, amitzuwarten. Er ist eben noch immer das beste Mittel. Gerechtigkeit und Wissenschaft gleich unter dem lachenden Mamon, entschleiden sich über Krankheit und Verbrechen, wobei die „Krankheit“ ein strafbefreiendes Attribut der Wohlhabenden, das Verbrechen aber das strafschwerende Attribut der Armen ist.

Ein typisches Beispiel aus blässigen jüdischen Kreisen hier:

Die Frau eines in der ersten Gesellschaft Mannheims bewohnenden jüdischen Rechtsanwalts, bedachte seit Jahren ihren Bedarf an Einkäufen in einem bekannten blässigen Geschäft, wobei der bedienende Verkäuferin wiederholt auffiel, daß eines oder mehrere der verpackten Stücke verschwanden. Lange schmeig sie denn einer so vor-

nehmen und eleganten Dame war doch kaum zuzutrauen, daß sie Strümpfe stahl, zumal sie Geld genug hatte, sich solche zu kaufen. Endlich aber wurde ihr Verdacht zur Gewißheit, und siehe, man fand die fehlenden Strümpfe in der Handtasche der Dame, die mit echt jüdischer Arroganz und Verachtung zu leugnen versuchte. Jedoch vergeblich.

Wer nun glaubte, daß die Staatsanwaltschaft eingreifen würde, sah sich getäuscht, denn die Sache sollte verschwiegen werden. Dem Geschäftsinhaber können wir das nicht verübeln, denn bei einer einmaligen Anzeige hätte er damit rechnen müssen, daß seine jüdische Kundschaft sich zurückzieht. Auch wir haben kein Interesse, den Geschäftsmann zu schädigen und wollen daher die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf einen Mann lenken, der bestimmt Auskunft geben kann und muß, denn keine jüdische familiäre Bande knüpfen ihn mehr an jene Frau. Er wird ja der Staatsanwaltschaft ziemlich bekannt sein, der jüdische Rechtsanwalt J. d. d.!! Er muß doch wissen, was seine Gattin vor der Scheidung getrieben hat.

Das Gegenstück: Schon einmal hatten wir Gelegenheit, die Fa. Fischer-Riegel (Inhaber der Jude Wolf) unter die Lupe zu nehmen. Vor einiger Zeit passierte nun daselbst folgendes:

Der jüdischen Angestellten Braunschild „lebte“ plötzlich 8 (acht) Mark. Ein Ledermädchen aus guter Familie wurde von ihr verführt, Anzeige erstattet und von der Polizei festgenommen. Kurios ist dabei, daß die Jüdin Braunschild behauptete, „sie habe einen 20-Mark-Schein gehabt und davon würde abgerufen werden.“ Die Jüdin machte also den Schein entwendet und 12 Mk. wieder an Ort und Stelle gebracht haben (!) Auf einmal stellte sich das fehlende Geld in einem der Braunschild gehörenden Koffer in einem von ihr verführten Schrank heraus. Jetzt wurde das bedauernde Ledermädchen nach 24 Stunden Haft wieder entlassen!

So handelt der Jude. Was liegt ihm am Leben oder an der Gesundheit eines Volks, ist doch der Nichts, gemäß dem jüdischen „Religionsbuch“ — dem Talmud — „dem Vieh gleichzustellen.“ Und die Moral der Geschichte?

Wir fordern ein Recht, das unserem Rechtsempfinden gerecht wird — ein deutsches Recht!

Ranges zu halten. Die oben nachgewiesene Notwendigkeit eines solchen Kampfbundes ist für das deutsche Volk eine offenkundige und es gilt noch mehr als bisher dem deutschen Spießer die ganze erbärmliche Korruption seiner bürgerlichen oder linkssozialistischen Presse in allen Kunstfragen vor Augen zu führen, auf daß der Ruf zur Selbstreinigung: „Deutschland den Deutschen!“ auch in der Kunst seine eigentlich selbstverständliche Verwirklichung erfahre.

Dem „Kampfbund für deutsche Kultur“ gehören bereits namhafte Künstler aus ganz Deutschland an. Otto Vogt, Kergl-Quartett, Max Fleischig, Alfred Järbach sind Namen von nicht nur lokaler Bedeutung. Im Verein mit Kapellmeister Harbarth aus Heidelberg, der für den erkrankten Rudolf Burrows die Begleitung der Lieder übernommen hatte, haben uns die genannten Künstler einen herrlichen Schubertabend beschenkt. Ein Abend voll Wärme, Melodie und Seligkeit — eine echte „Schubertstunde“.

Der Harmonielehrer war vollbesetzt (eine Selteneit und ein gutes Omen) als die Kergl-Quartett, Kergl, V. Schramacher, Fr. Neumayer und A. Müller mit dem Streichquartett in a-moll den Abend eröffneten. Das Werk zeigt deutlich den auf die spätere Hochromantik hinweisenden Harmoniker. Dies gilt im Besonderen für den Variationenlauf, dessen liebliches Blumenranken Thema der Meister später seiner Violoncellmusik zu „Rosamunde“ einfließen ließ.

Als Zwischennummer bot uns Opernsänger Alfred Järbach einige der schönsten Lieder aus Schuberts langer Liederreihe. „Halt“, „Der Neugierige“, „Frühlingstraum“ und „Mein“, denen als Zugabe „Die Post“ folgte, sind Werke von mehr lyrisch-poetischem Gehalt, während „Dem Unendlichen“ mehr dramatischen Vortrag erfordert. Dem Alfred Järbach gelang es besonders entgegenkam. Am Flügel unterstützte Kapellmeister Erich Harbarth aus Heidelberg in vortrefflicher akzentuierter Weise.

Den wiederholten Abschlus bildete Schuberts (schöne Kammermusik, „Das Forellengedächtnis“. Dem Künstler fällt hier eine äußerst dankbare Aufgabe zu, die von Konjunkturplanist Otto Vogt aus Heidelberg in brillanter und trotzdem das Technische in den Dienst des poetischen Stimmungsgehaltes stehender Art gelöst wurde. Den Herren Kergl, Neumayer, Müller und Max Fleischig gebührt ein Gesamtlob nicht zuletzt für ihre Selbstlosigkeit, mit der sie ihre hervorragende Künstlerkraft in den Dienst dieser großen Sache stellten.

Der Besuch des Abends und die Aufnahme des Gedankens beweist, daß dem Kampfbund für deutsche Kultur eine dankbare Aufgabe noch bevorsteht. Auf ein gutes Gelingen!

Nationaltheater

Der Spielplan des Nationaltheaters.

Donnerstag, 12. Januar. (Miete B 12, Sondermiete B 6). „Heimkehr des Olympsiegers“. Freitag, 13. Januar. (Miete B 12, Sondermiete B 6). Zum letzten Male „Der Freischütz“. Samstag, 14. Januar. (Miete B 12, Sondermiete B 6). Uraufführung „Die Marneschlacht“. Sonntag, 15. Januar, nachmittags: „Die Schneekönigin“. Sonntag, 15. Januar, abends (Miete B 13). „Die lustige Witwe“. Montag, 16. Januar. (Miete B 13, Sondermiete B 6). „Lohengrin“.

Warum begrüßen wir die Einführung von Schülervorstellungen in unserem Nationaltheater?

„Nächsten Samstag nachmittags wird „Wallenstein“ aufgeführt. Wer geht hinein?“ rief eine meiner Mitschülerinnen. „Kaffisch alle!“ Eine solche Gelegenheit für wenig Geld in das Theater zu kommen, läßt man nicht auszunutzen. Wie gerne gehen wir in das Theater, und wie selten konnten wir hinein. Das ist jetzt anders geworden.

Jeden Schülervorstellungen sind für diesen Winter vorgesehen. Die Eintrittspreise sind dabei so niedrig, daß man ruhig sagen kann, daß es jedem Schüler möglich ist in das Theater zu kommen.

Die Einführung von Schülervorstellungen ist auch aus anderen Gründen sehr lobenswert. Schon in jungen Jahren lernen wir das Theater kennen und schätzen. Es ist ein Kulturpiel in dem wir das Leben und die Anschauungen aller Völker und aller Zeiten bis in unsere Gegenwart erblicken. Besonders für uns sind nur gute und lehrreiche Stücke herbeizutragen. Dichter und Musiker ausgewählt. Wir werden eingeführt in die Welt unserer großen Dichter Schiller und Goethe, Hand in Hand geht hier die Schule mit dem Theater. Durch die Lehrer wird uns der Inhalt erklärt. Es macht viel mehr Spaß, ein Werk in der Schule zu behandeln, wenn man weiß, daß darfst du nachher auf der Bühne sehen. Was man im Theater gesehen hat, bleibt viel besser im Gedächtnis haften, als wenn man es nur im Unterricht durchnimmt. Wie packend sind Werke Schillers! Noch heute in unserer nächsten, dringlichsten Zeit reifen uns seine „Männer“ zu kammender Begleitung hin wie vor Jahren unsere Vorfahren. In vielen Stücken vertritt er die Freiheit als das höchste Gut des Menschen. In anderen Werken berichtet er uns von bedeutenden Männern und Frauen. So zeigt er uns in „Wallenstein“ das Leben des großen Feldherrn, der in unermüdlichem Streben nach Macht schließlich sich selbst durch seinen Übermut ins Verderben stürzt. Daneben schildert er uns das Leben und Treiben der

Kriegsgötter im dreißigjährigen Krieg. Staunend und bewundernd sehen wir vor diesem Werk der Dichtkunst. Auch die Werke bedeutender Musiker sind als Schülervorstellungen vorgesehen. Auf gewohnt ist für uns gerade die Oper „Freischütz“. Von Anfang bis Ende hält sie einen in ihrem Vorne. Wie wirkt ihre Romantik in Bild und Ton auf uns ein! Ein leichtes Kieselstein läuft beim Anblick der Wälschluchtseine einem über den Rücken. Verflucht wird dieses Gefühl durch die wildgeheimnisvolle Musik. Freudig begrüßen wir am Ende die Strafe, die der Bösewicht, der andere verderben wollte, selbst erleidet. Während sind die Empfindungen, die wir mit uns nehmen. Mit der Zeit lernen wir ein Stück heurteilen. Zwar kommt es dabei auch auf den persönlichen Geschmack des einzelnen an. Der eine findet mehr Gefallen an einer Oper, der andere an einem Schauspiel. Aber das eine Schauspiel vermag nicht so stark zu begeistern wie das andere. Nicht jede Musik vermag sich einzuschmelzen. Auch das Spiel der Darsteller gibt Anlaß zu einer Kritik. Manche Gefühl hat man sich anders gedacht, als sie auf der Bühne wiedergegeben wird. So ist das Theater für uns eine Schule, in der man vieles lernen, und deren Lehren man viel lieber aufnimmt als die der wirklichen Schule.

Auf diese Weise zieht uns das Theater mehr und mehr in seinen Vorne und läßt uns nicht wieder los. Die Freude an ihm wird schließlich so groß, daß wir gerne sparen und nicht in das Kino gehen um auch einmal abends eine Vorstellung besuchen zu können. Unserem Herrn Intendanten oder können wir nicht dankbar genug sein für diese schöne Einrichtung der Schülervorstellungen. Wir wünschen nur das eine, daß er sie nicht nur dieses Jahr, sondern jedes Jahr beibehalten möge.

(Eine Schülerin der Elisabethschule.)

Uraufführung der Tragödie „Die Marneschlacht“.

In der am Samstag in Uraufführung von Herberich Matz zur Uraufführung kommenden deut-

lichen Tragödie „Die Marneschlacht“ von Paul Joseph Kremer ist das 1., 3. und 4. Bild den Vorgängen bei der deutschen Obersten Heeresleitung in Luxemburg gewidmet. Den Generalstabchef von Moltke spielt Karl Jäger, den Obersten Hauptmann Henrich Wigel, die Obersten Tappen und von Dommes Erwin Lindner und Karl Marx. Im 2. Bild das im Arbeitszimmer Poincaré in Paris spielt, treten an historischen Persönlichkeiten u. a. auf Poincaré (Hans Finckh), seine Frau (Gertrude Jäger), General Joffre (Raoul Miller), ein Abgeordneter (Josef Offenbach), Kriegsminister Millerand (Georg Köbler), Georges Clemenceau (Erich Langbein), der Gouverneur von Paris General Gallieni (Hans Godech), der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten (Hans A. Schroeder) und ein englischer Verbindungsoffizier (Erwin Lindner). Die drei letzten Bilder behandeln die verhängnisvolle Entsendung des Oberstleutnant Henrich zu den Oberkommandos der 2. und 1. Armee. Den Führer der 2. Armee Generaloberst von Walow spielt Hans Godech, dessen 1. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 2. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 3. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 4. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 5. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 6. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 7. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 8. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 9. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 10. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 11. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 12. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 13. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 14. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 15. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 16. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 17. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 18. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 19. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 20. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 21. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 22. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 23. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 24. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 25. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 26. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 27. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 28. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 29. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 30. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 31. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 32. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 33. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 34. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 35. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 36. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 37. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 38. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 39. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 40. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 41. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 42. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 43. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 44. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 45. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 46. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 47. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 48. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 49. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 50. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 51. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 52. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 53. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 54. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 55. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 56. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 57. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 58. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 59. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 60. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 61. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 62. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 63. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 64. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 65. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 66. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 67. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 68. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 69. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 70. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 71. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 72. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 73. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 74. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 75. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 76. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 77. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 78. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 79. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 80. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 81. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 82. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 83. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 84. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 85. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 86. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 87. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 88. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 89. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 90. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 91. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 92. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 93. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 94. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 95. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 96. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 97. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 98. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 99. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 100. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 101. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 102. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 103. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 104. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 105. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 106. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 107. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 108. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 109. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 110. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 111. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 112. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 113. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 114. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 115. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 116. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 117. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 118. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 119. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 120. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 121. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 122. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 123. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 124. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 125. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 126. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 127. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 128. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 129. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 130. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 131. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 132. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 133. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 134. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 135. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 136. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 137. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 138. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 139. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 140. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 141. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 142. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 143. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 144. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 145. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 146. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 147. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 148. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 149. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 150. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 151. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 152. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 153. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 154. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 155. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 156. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 157. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 158. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 159. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 160. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 161. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 162. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 163. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 164. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 165. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 166. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 167. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 168. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 169. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 170. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 171. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 172. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 173. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 174. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 175. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 176. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 177. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 178. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 179. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 180. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 181. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 182. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 183. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 184. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 185. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 186. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 187. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 188. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 189. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 190. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 191. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 192. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 193. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 194. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 195. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 196. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 197. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 198. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 199. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 200. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 201. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 202. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 203. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 204. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 205. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 206. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 207. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 208. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 209. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 210. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 211. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 212. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 213. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 214. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 215. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 216. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 217. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 218. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 219. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 220. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 221. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 222. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 223. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 224. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 225. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 226. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 227. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 228. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 229. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 230. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 231. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 232. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 233. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 234. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 235. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 236. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 237. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 238. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 239. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 240. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 241. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 242. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 243. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 244. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 245. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 246. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 247. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 248. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 249. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 250. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 251. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 252. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 253. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 254. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 255. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 256. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 257. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 258. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 259. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 260. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 261. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 262. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 263. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 264. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 265. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 266. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 267. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 268. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 269. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 270. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 271. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 272. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 273. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 274. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 275. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 276. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 277. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 278. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 279. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 280. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 281. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 282. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 283. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 284. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 285. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 286. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 287. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 288. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 289. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 290. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 291. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 292. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 293. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 294. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 295. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 296. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 297. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 298. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 299. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 300. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 301. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 302. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 303. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 304. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 305. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 306. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz, dessen 307. Generalstabsoffizier Oberstleutnant Matz

Badischer Landtag:

Warum so spät, Herr Staatspräsident?

Theoretische Gleichberechtigung? — Unerfüllte badische Wünsche — Eine Anklage gegen die früheren badischen Zentrumsleute in der Reichsregierung — Hilbert und v. Ku in traulichem Gespräch

Nach der dramatischen und für den Wirtschaftsparteiler v. Ku so tief beschämenden Eröffnung der ersten Landtagssitzung im neuen Jahre, nahm die Wahl des Innenministers, des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters ihren programmatischen, vorher abgehandelten Verlauf. Die Gemüter konnten sich dabei wieder etwas beruhigen. Ja, schon konnte der Badische sich wieder betätigen, als die Kommunisten ihre „Genossen“ und ein ganz Bisheriger des Volksdienstesgeordneter K. F. Klein mit Stimmen bedachten. Die Landtagsmitglieder des Volksdienstes sind zu reichenden Wollen gekommen, die gegen die Regierung während die Jahre fließen, alles weiß sie bei den Konfessionsverhandlungen so übel abgehandelt haben.

In großer Ruhe wurde auch die Regierungserklärung des neu gewählten Staatspräsidenten angehört. Wir bringen sie zum Teil im Wortlaut. Bemerkenswert ist daran einmal die partielle Erklärung der Gleichberechtigung aller Volksgenossen. Man wird es und Nationalsozialisten nicht verargen, wenn wir dem etwas skeptisch gegenübersehen. Denn bisher war es doch so, daß die badische Regierung jede Möglichkeit ergreift, an uns ihre Mäntel zu fassen. Die unendliche Reihe von Schikanen — wir werden sie nicht vergessen. Wenn man in dieser Behandlung sehr eine Änderung eintreten läßt, und soll es freuen.

Das weitere Bemerkenswerte an dieser Erklärung ist die außerordentlich scharfe Tonalität gegenüber dem Reich. Jetzt plötzlich togt es! Auf einmal kann man auftreten, wo man bisher einen Clertanz aufführte.

Sind die Wünsche die vorgebracht und die Klagen die geführt wurden etwa neu? Nein, sie sind alt, zum Teil uralt und sie sind zweifellos berechtigt.

Und diejenigen, die diese Wünsche bisher nicht erfüllten, sind die Zentrumsleute, die 14 Jahre in Berlin das Reich regierten. Und das Traurige daran ist, daß diese in Berlin so lange Zeit regierenden Zentrumsleute nicht ihrer badischen Heimat? Warum tat der Staatspartei v. Ku nichts für sie?

Sind die Wünsche die vorgebracht und die Klagen die geführt wurden etwa neu? Nein, sie sind alt, zum Teil uralt und sie sind zweifellos berechtigt.

Nach der Wahl der Sitzung bemerkte man noch den moralisch labilierten Abg. v. Ku in traulichem Gespräch mit dem Prominenten des Zentrums, Abg. Hilbert, der sich bekanntlich von dem Vorwurf der Mordanschulderei, durch Entlassung von Sitzungsgeldern für einen Tag, den er bei einer Hochzeit zubrachte, bis heute noch nicht gereinigt hat. Welche Seelen finden sich eben, zu Wasser, zu Land und auch im Lande.

Die Dienstaufnahme:

Die auf Dienstag nachmittag 10 Uhr angeordnete Sitzung verzögerte sich durch eine Bombe, die von nationalsozialistischer Seite im Vertrauensmännerhaus zum Plagen gebracht wurde und die den Staatsratraum des Herrn v. Ku jäh unterbrach.

Wir berichteten über die näheren Umstände bereits gestern, ebenso über den sensationellen Beginn der heutigen Sitzung, die nach diesem Anfangsakt etwas friedlicher verlief, insofern als eine Serie kurzer Anfragen beantwortet wurde.

Im Anschluß daran kam man zur Wahl des Innenministers, wofür, wie wir melden konnten, Ministerialrat Dr. Ullrich, ein Angehöriger der Volkspartei, in Vorschlag gebracht ist. Die Abstimmung ergab seine Wahl mit 43 Stimmen der Koalitionsparteien. 29 leere Stimmzettel wurden abgegeben. Als Auktionsist ist zu verzeichnen, daß der kommunistische Abgeordnete v. Ku 5 Stimmen erhielt. Das Haus nahm dies mit begreiflichem Lachen auf.

Der evang. Volksdienst, inbegriffen über den Ausgang der Konfessionsverhandlungen, gab vor der Ministerwahl eine verständnisvolle scharfe Erklärung ab. Er brachte dabei sein Mißtrauen gegenüber der gegenwärtigen Regierung zum Ausdruck.

Nach dem üblichen Einführungsalvater, worin der neue Innenminister die große Zahl der

abgegebenen weißen Zettel demängelte, ging das Haus zur Behandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung über.

Die Wahl des Staatspräsidenten fiel wie abgemacht auf Dr. Schmitt, die seines Stellvertreters auf Dr. Mattes und zwar erhielt Dr. Schmitt 43, Dr. Mattes 42 Stimmen, weiße Zettel wurden 27 abgegeben. Die Kommunisten hatten wiederum eigene Leute gewählt, außerdem wurden Dr. Baumgartner und Abg. Kleinlein genannt.

In seiner Ansprache an den wiedergewählten Staatspräsidenten betonte Landtagspräsident Dufner die Verbundenheit des Landes Baden mit dem Reich, das aber begleitet sei von einem gesunden Streben nach Pflege des badischen Eigenlebens.

Staatspräsident Dr. Schmitt erwiderte in längerer Rede, in der er zur „Sammlung“ rief. Eine schöne Formulierung, von der wir hoffen wollen, daß die Regierung dabei auch an uns Nationalsozialisten gedacht hat, war der Satz:

„Des weiteren sind wir wohl alle einig in dem Bekenntnis zum Volksgedanken. Das ganze Volk soll Anteil nehmen und Anteil haben an der öffentlichen Verwaltung, alle Volksgenossen sollen gleichberechtigt und gleichverpflichtet und positiv mitarbeiten an dem Wiederaufbau des deutschen Volkes, es darf keine Kraft geben, weder zwischen Regierung und Volk, noch zwischen den Volksgenossen, soweit sie auf dem Boden der Verfassung stehen.“

Uebrigens zu den brennenden badischen Problemen, führte der Staatspräsident aus:

„Man hebt Einzelkämpfer auf, ohne die uns verprochenen nochmaligen vorherige Rücksprache und obwohl die jetzt geschädigten Gemeinden erhebliche finanzielle Opfer für die Finanzamtgebäude kraft Vertrags mit dem Reich gebracht haben, und obwohl nach unserer Auffassung diese Aufhebung höchstens noch eine Entlastung des Reichsstaats, im übrigen aber keine Gesamterleichterung, sondern nur eine Verschiebung der Lasten auf andere Kreise bewirkt und eine Entwertung in den geschädigten Gemeinden und damit die Landflucht aus diesen Gemeinden hervorruft.“

Man will ferner Versorgungsämter und eine Oberpostdirektion befehlen.

Man will seinen genügenden Ausgleich geben denjenigen Neubürgergemeinden, die 1. B. ein Drittel ihrer ganzen Gemarkung dem Reichsland gegen Inflationsgeld übereignet haben, obwohl die Belegung des Neubürgerplatzes mit gewissen Truppen und Wehrsportverbänden möglich wäre.

Unser Wunsch nach Zusammenlegung des einzigen badischen Infanterie-Regiments in Baden ist nicht erfüllt.

Ueber die für Baden ungünstigen Tarife der Reichsbahn können leider die Klagen nicht verstummen. Unsere berechtigten Wohnwünsche und Wohnhofwünsche sind nicht befriedigt. Die Verpflichtungen des Reichs gemäß § 17 des Eisenbahnverkehrsvertrags auf Fertigstellung der noch unvollendeten aber barten Bahnanlagen (Hardheim-Königsheim, Bretten-Karlsruhe, Vödenheim-Rußheim, Seeburg-Et. Blasen) sind immer noch nicht erfüllt. Für die Eisenbahnrechtsfindung zahlt das Reich trotz des seit vielen Jahren schwebenden Pro-

zesses vor dem Staatsgerichtshof seit 1924 nicht einmal die vertraglichen Zinsen. Bei Reichsaufträgen werden badische Unternehmer nicht genügend berücksichtigt. Die Lage der Waldbesitzer und der Holzwirtschaft hätte durch die von Baden geforderten Maßnahmen schon längst gebessert werden können, wenn Reich und Reichsbahn mehr Verständnis für Badens Grenzlage gezeigt hätten. Unserem schon vor vielen Jahren erhobenen Verlangen nach Genehmigung der Gebührenerhebung für die Benutzung einer Ausfahrstraße Mannheim-Heidelberg ist immer noch nicht stattgegeben, obwohl das Reich hier finanziell nicht in Anspruch genommen werden soll. Der badischen Reichsbahnverwaltung verweigert man zur Zeit die Zulassung sogar eines eigenen badischen Reichsbahnwerts beim Reichsgericht.

Die Aushebung der Umsatzsteuerfreigrenze von 5000 RM. trifft gerade die kleinen und mittleren Betriebe und deswegen gerade den Südbaden: Und beseitigt man, dem Osten aber gibt man Subventionen.“

In diesem Zusammenhang appellierte der Staatspräsident an die Presse, die badischen Belange künftig kräftig zu vertreten und verlangte von Reichsregierung und Reichsrat die endliche Erklärung der wiederholt dem Lande gegebenen Versprechungen.

Die Arbeitsbeschaffung, die im Landtag ausgiebig diskutiert werden soll, will die Regierung tatkräftig fördern und hofft dabei auf eine Zusammenarbeit aller.

Der Staatspräsident fuhr dann fort: „Des weiteren glaube ich, daß wir alle zusammen arbeiten können, indem wir den Grundbesitz belegen.“

Verzögerung beim Einkauf oder bei Bestellungen ausländische Ware und inländische Leistungen.“

Die Selbstdisziplin unserer Konsumenten muß gefördert werden. Wenn es uns gelingen sollte, diese Selbstdisziplin immer mehr und mehr durchzuführen, so würden wir damit ebenso weit, vielleicht auch noch weiter kommen als wie mit der Kontingentierung oder ähnlichen Maßnahmen. Freilich können wir das Ausländische nicht in allen Fällen abschließen. Aber wir dürfen in dieser schweren Zeit das gleiche machen, was andere Völker und andere Länder tun:

denn die inländische Ware und inländische Leistung muß allem anderen vorangehen.

Und so richte ich zur Hebung der Arbeitslosigkeit, aber auch zur Hebung der vaterländischen Belange an alle, die es angeht, an die staatlichen Behörden, an die Religionsgesellschaften und an die Gemeinden, an die ganze Wirtschaft, an die Konsumenten, an Stadt und Land die dringende Bitte:

Bevorzugt die inländische Ware und inländische Leistung.

Weiterhin hat der Staatspräsident Schmitt um kräftige Förderung der badischen Reichseinkaufs, die nicht vernachlässigt werden dürfen.

Nach einem letzten Appell an den Landtag, die Regierung bei ihren Schritten in Berlin kräftig zu unterstützen, schloß Präsident Dufner die Sitzung.

Fortschreibung Mittwoch früh 9 Uhr.

Die Mittwoch-Sitzung:

Die heutige Landtagssitzung fand im Zeichen einer Reihe kommunistischer förmlicher Anfragen, deren eine sich mit den Unwetterschäden im Kaiserstuhlgebiet befaßte, während in zwei anderen die Justizverwaltung angegriffen wurde.

Es ist nicht nötig, erneut festzustellen, daß es die Nationalsozialisten waren, die sich in allererster Linie riefen und tatkräftig für die durch das furchtbare Unwetter des vergangenen Sommers geschädigten Bauern des Kaiserstuhlgebietes einsetzten. Wir forderten nicht nur sofortige Einberufung des Landtages, um Beschluß über die Hilfsmassnahmen zu fassen, sondern wir führten auch unverzüglich eine Hilfsaktion für die Geschädigten durch. Mehrere Lastwagen mit Lebensmitteln konnten so die erste Not lindern.

Wir verstehen, daß dieser Beweis sozialer Gesinnung der Tat den übrigen Parteien nicht gefällt, aber es ist doch ein starkes Stück, wenn der Zentrumsabgeordnete Schill diese Aktion als

eine Provokation der Andersdenkenden bezeichnete. Wir hängen diesen Ausdruck nicht.

Nach Behandlung der beiden Interpellationen über den Tod des kommunistischen Gefangenen Schwend im Kaiserstuhl-Gefängnis und wegen des Landwirts Wähler aus Zell a. O., der wegen Weiskrankheit in Wiesloch interniert ist, wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Verlauf

Der erste Punkt der heutigen Tagesordnung befaßt sich mit den in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1932 bewilligten außerplanmäßigen Ausgaben

Im Bereich des Ministeriums des Innern sind aus Reichsmitteln RM. 1.015.972 zur Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Eine Einzelanfrage über die Verwendung der Gelder wird nicht gegeben. Die Regierung hat vielmehr die Summe als Bewilligungen verrechnet und wird die Verwendung endgültig in der Haushaltsrechnung nachweisen. (Vermutlich hat man irgend ein offenes Buch damit zugeknöpft.)

Aus Beihilfemitteln wurden vom Ministerium der Finanzen verwendet und außerplanmäßig nachgewiesen zu:

Kulturerweiterungen	RM. 100.000,—
Wasserverbesserungen	988.401.000,—
Wasserleitungen und Ortsumfahrungen	RM. 141.000,—

Das ist zweifellos nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Die von der Regierung nachgesuchte nachträgliche Genehmigung wurde natürlich erteilt. Darauf hörte das Haus die Bestandsübersicht der nach § 47, Absatz 1 des Befoldungsgegesetzes seit 1. April 1925 eingesparten Beamtenstellen.

Eine kommunistische förmliche Anfrage über die Unwetterschäden im Kaiserstuhlgebiet und anderen badischen Gemeinden wurde von Landesökonomierat Hoffmann beantwortet. Nach seinen Ausführungen wurden folgende Hilfsmassnahmen durchgeführt bzw. eingeleitet:

5000 RM. wurden aus besonderen Reichsmitteln zur Bekämpfung der Weiskrankheit gegeben. Das Reich erklärte sich ferner bereit, die Zinsen aus den Winkerkrediten nachzulassen. 500.000 Pfundpfennige werden verpfändet zur Verfügung gestellt, davon konnten dieses

Jahr 120.000 Stück geliefert werden, auch zum Bezug von Saatgetreide wurde ein Zuschuß von RM. 4,— pro Zentner gewährt. Aus dem Gemeindeausgleichsfond konnten RM. 20.000 gegeben werden. An Schulbeiträgen wurden RM. 37.000, an Strohbeiträgen RM. 2000 nachgelassen, ebenso Pachtgelder der Domänenverwaltung usw. in Höhe von 18—20.000 RM. Die Gebäudeversicherungsanstalt zahlte RM. 46.000 aus. Ferner wurden 40.000 Zentner Roggen verbilligt abgegeben.

Schill (Str.) begrüßte die Maßnahmen der Regierung, die auch auf die Südt. Sudet. eingewirkt habe, worauf dieselbe 1000 d. Zuder verbilligt abgegeben habe. Im übrigen redete er einer Produktionsumstellung am Kaiserstuhl das Wort. Das nationalsozialistische Volkswort für die Kaiserstuhlgeschädigten bezeichnete er als „Provokation“.

Kuhf. Baum (SPD.) glaubte, eine besondere Hilfe der Sozialdemokraten bei der Stellung von Anträgen für die Kaiserstuhlgeschädigten feststellen zu können.

Vg. Freiherr Marshall v. Bieberstein erklärte, daß es an und für sich keine Rolle spiele, welche Partei als erste Hilfsmassnahmen gefordert habe. Immerhin hätte die Regierung der nationalsozialistischen Forderung auf Einberufung des Landtages damals stattgeben müssen. Es müßte zwar anerkannt werden, daß die Regierung vieles getan habe, aber in Anbetracht der Katastrophe sei es noch lange nicht genügend.

Wenn der Abg. Schill die nationalsozialistische Hilfsaktion bemängelt habe, so sei zu bemerken, daß diese deshalb in aller Öffentlichkeit erfolgt sei, um andere Kreise zur gleichen Hilfe zu bewegen.

Der Staat müsse unter allen Umständen für weitere Hilfsmassnahmen Sorge tragen, besonders für Stenernachlässe. Es sei nicht damit getan, daß man es jetzt bemängelt, weil die Bauern keine Hagelversicherung abgeschlossen hätten. Die Bauern hätten dazu einfach kein Geld.

Dr. Brähler (Dn.) hielt ebenfalls eine Produktionsumstellung im Kaiserstuhlgebiet für wünschenswert.

Kronlein (Dd.) erklärte, wenn die von der evang. Kirchenregierung durchgeführte Hilfsaktion nur den evang. Gemeinden zugute gekommen sei, so sei dies nur eine Selbstverständlichkeit.

Hoffmann (Stp.) verlangte eine härtere staatliche Propaganda für den Beitritt zur Hagelversicherung. Von einer Produktionsumstellung verspricht er sich nicht viel, da zuerst die Abfrage geregelt werden müsse.

Brigner (Sp.) betont ebenfalls, daß der Landwirtschaft das Geld zu Versicherungen fehle.

Minister Dr. Ullrich versprach, die gegebenen Anregungen weiter zu verfolgen.

Bo. (SPD.) hielt das bei ihm übliche Schlusswort, in dem er die Schaffung eines kommunistischen Bauern-„Paradieses“ (siehe Ausland) verlangte.

Der Tod des Arbeiters Hans Schwend im Gefängnis Kaiserstuhl.

Ist von den Kommunisten zum Gegenstand einer weiteren förmlichen Anfrage gemacht worden. Der Gefangene Schwend ist kurz vor seiner Entlassung aus einer dreimonatigen Gefängnisstrafe gestorben, nach Erklärung der Gefängnisverwaltung Kaiserstuhl durch Selbstmord, nach Behauptung der Kommunisten besteht der Verdacht, daß an Schwend ein Verbrechen begangen wurde. Sie wollen dies dadurch beweisen, daß der 24jährige Schwend 2 Tage vor seinem Tod noch einen Brief an Angehörige schrieb, in dem er seine Gesundheit bezeugte und seine baldige Ankunft in Mannheim ankündigte. Eine Untersuchung der Leiche durch einen Mannheimer Arzt führte zur Aufdeckung eines Afters, in dem als Todesursache

Anwendung von Gewalt, vermutlich durch Erhängen, nicht aber durch Erhängen festgestellt wurde.

Daraufhin wurde Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, die eine Sektion der Leiche durch zwei Gerichtsärzte vornehmen ließ.

Die Regierung beantwortete diese Anfrage dahingehend, die Leiche sei am 5. Oktober morgens, noch warm abgenommen worden. Im Beisein des Gefängnisarztes seien sofort Wiederbelebungversuche gemacht worden, die erfolglos blieben. Der Tod war durch Erhängen mittels eines Handtuchs an der Bettstelle bereits eingetreten.

Die später erfolgte Untersuchung durch die Gerichtsärzte in Mannheim bestätigte den Tod durch Erhängen. Besonders sei bei keiner der äußerlich erkennbaren Verletzungen geronnenes Blut im Gewebe feststellbar gewesen. Auch schloß jede Abwehrverletzung. Lediglich Hautabschürfungen, die bei der Abnahme und dem Transport der Leiche entstanden waren, waren vorhanden. Andere Befragungen des Mannheimer Arztes seien unzureichend, wie die Leichenöffnung gezeigt habe.

Das Motiv des Selbstmordes sei die Furcht des Schwend vor weiteren Strafverfolgungen gewesen. Nach Aussage von Mitgefangenen habe Schwend Angst vor einer weiteren lau-

Die nationalsozialistische Bewegung wird das Volk zu eiserner Entschlossenheit erziehen. Adolf Hitler.

gen Strafe geduldet, weil er bei einer Strafe verurteilt, begangen an Hiltelenten in Mannheim, nach seinen Angaben beteiligt gewesen sei.

Der Fall des Landwirts Bühler, Zell a. O., kam als letzter Punkt zur Behandlung.

Nach Behauptung der Kommunisten soll dieser Mörder eines Gerichtsvollziehers widerrechtlich in Wiesloch als geisteskrank festgehalten werden, obwohl er völlig gesund sei.

Generalstaatsanwalt Hagen erklärte, Bühler habe Zeit genug gehabt, Einwendungen gegen die Pfändungen zu erheben. Da er dies nicht tat, habe der Gerichtsvollzieher pflichtgemäß die Versteigerung ansehen müssen. Der tödliche Schuß sei aus Bühlers Waffe von hinten abgegeben worden. Die Beobachtung Bühlers auf seinen Geisteszustand habe unheilbare Geisteskrankheit ergeben. Die Unterbringung Bühlers in Wiesloch sei zu Recht erfolgt. Eine Entlassung könne nicht erfolgen, wie ein neueres Gutachten der Anstaltsdirektion zeige. Bühler erkläre auf Befragen, er würde genau dasselbe wieder tun, wenn er nochmals in eine ähnliche Lage käme.

Damit bilde Bühler eine dauernde Gefahr für die Beamten, die in Ausübung ihres Dienstes handeln.

Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Eine notwendige Feststellung

NSK Gegenüber den immer wieder von gegnerischer Seite unternommenen Versuchen, Auslassungen von Parteimitgliedern im Reich als parteiamtliche Erklärungen der NSDAP hinzustellen, um dann nach Belieben mit ihrem angeblich „parteiamtlichen“ Charakter in der Öffentlichkeit operieren zu können, wird hiermit erneut die wiederholt bekanntgegebene, aber zu durchsichtigen Zwecke bewußt der Öffentlichkeit verschleierte Tatsache festgestellt, daß ausschließlich die Reichspressestelle der NSDAP amtliche Pressefeste der Parteileitung und ihre Publikationsorgane die in München erscheinende „Nationalsozialistische Parteikorrepondenz“ die einzige offizielle Pressekorrespondenz der Partei ist.

Auslassungen aller anderen, sich als nationalsozialistische Pressekorrespondenz irgendwie bezeichnenden Presseorgane, sind nicht parteiamtlich und können daher auch in keinem Falle der Öffentlichkeit gegenüber als parteiamtliche Erklärungen der NSDAP ausgegeben werden.

Reichspressestelle der NSDAP.
gez. Dr. Dietrich.

Großstadtsener Brief

Nachdem der notverordnete Burgfriede am 2. Januar abgelassen war, veranstalteten wir am Mittwoch, den 4. Januar ds. Mts. im dichtbesetzten Nebenzimmer des „Jahlinger Hofes“ eine öffentliche Versammlung. An Stelle des verhinderten Pg. Köhler, Md.L., sprach Pg. Dr. Reuther, Mannheim. In längeren Ausführungen stellte er Herrn v. Schleicher, der bisher immer hinter den Kulissen gearbeitet hatte, der Öffentlichkeit vor und brandmarkte das Gebaren und die Politik des Bürogenerals, der wohl ein geschickter Drahtzieher, aber kein aufbaufähiger Kopf sei.

Mit der Aufforderung, sich als Kämpfer Adolf Hitlers einzureihen, schloß Pg. Dr. Reuther seine mit großem Beifall ausgenommene Rede.

Am Sonntag, den 8. ds. Mts., fand im „Jahlinger Hof“, vormittags 10 Uhr, eine Tagung der Amtswalter des Kreises Weinheim statt. Kreispropagandaleiter Müller gab den Gesamtsitzungsbericht.

Darauf referierte Pg. Schmollack über den Arbeitsplan der nächsten Wochen. Alsdann wurde durch den landwirtschaftlichen Fachberater Pg. Bechold die Gründung der NS-Bauernschaft vorgenommen. Mit einem Heil auf das deutsche Vaterland und auf Adolf Hitler wurde die Tagung geschlossen.

Deutscher Abend in Helmstadt

Am Sonntag hatte die NSDAP Helmstadt ihre Mitglieder zu einem deutschen Abend in den Kronensaal geladen.

Die Darbietungen wurden von der Eberbacher Spielschar bestritten. Schneidige Märche des Spielmannszugs leiteten die Feier ein. Es folgte das erste Spiel: „Die elf Schillischen Offiziere“. Mit Ergriffenheit lauschten die zahlreichsten Zuhörer. Die ausgewählten Gefühle zu bewußtem Wollen und Tun in der deutschen Freiheitsbewegung umzuformen, war der Sinn der Worte, die Stühlpunktleiter Pg. Kurzberger, Asbach, im Anschluß sprach, und im gemeinsam gesungenen Horst-Wessel-Lied anklangen. Die einleitende Ansprache, die besonders das nationale Kulturwollen der NSDAP betonte, hielt Pg. Dr. Raissa, Asbach, ab. Der Spielschar ist für ihr ernstes Wollen und Tun, das bei besseren technischen Voraussetzungen noch mehr Erfolg gehabt hätte, Dank zu sagen.

Die angeschlossenen Lustspieleinakter aus dem Garnisonsleben fanden bei den Zuhörern ungeheuren Beifall.

NS-Anträge im Badischen Landtag

Wir fordern Warenhaussteuer und Senkung der Riefengehälter statt der Fleischsteuer

Antrag Nr. 14.

Aufhebung der 4. Haushaltsnotverordnung, Fiskalsteuer-Erhebung betr.

Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen:

1. Die 4. Haushaltsnotverordnung vom 9. Dezember 1932 wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben;

2. Zur Deckung des Fehlbetrages im Haushaltsplan werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- a) Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer im Gebiet des Freistaates Baden.
- b) Gemäßige Gehaltsbezüge einschließlich Aufwendungen und Däten badischer Beamter, soweit sie 12 000 RM. im Jahre übersteigen, werden mit sofortiger Wirkung abgebaut. Dieser Abbau hat sich auch auf Gehaltsempfänger bei

allen staatlichen Aktiengesellschaften und Wirtschaftsbetrieben auszudehnen.
Karlsruhe, den 10. Januar 1933.
Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden
Abg. Merk und Fraktion.

Zur Herabsetzung der Prüfungs-gelü zen

Kurze Anfrage Nr. 13

Vielen Studenten ist es heute nicht mehr möglich, die hohen Kosten, die mit der Doktorprüfung zusammenhängen, zu bestreiten. Neben den hohen Prüfungsgebühren kommen die hohen Druckkosten für die Dissertationen in Betracht. Früher haben manche Kreise die Doktorprüfung für einen Luxus angesehen. Bei den heutigen Verhältnissen ist dieser Standpunkt für viele Fälle unerschützt. Ein großer Teil der Studenten kann nicht mehr damit rechnen, auf Grund einer Staatsprüfung in den Staatsdienst übernommen zu werden; in Privatbetrieben kann aber der Akademiker vielfach nur dann unterkommen, wenn er doktoriert hat;

das gilt besonders für Chemiker, Volkswirte, Privatlehrer. Es wäre daher unerlässlich, einmal die Prüfungsgebühren wesentlich herabzusetzen und darüber hinaus im Bedarfsfalle zu den Druckkosten einen Zuschuß zu gewähren oder in anderer Form für die Fertigstellung der Druckkosten zu sorgen.

Ist die Regierung bereit, auf Empfehlung der zuständigen Universitätsbehörden hin in diesem Sinne einzugreifen?

Karlsruhe, den 10. Januar 1933.
Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden
A. Kraft und Fraktion.

Hilfe für alle Beamte

Antrag Nr. 18

Der Landtag beschließt:
Außerplanmäßige Beamte mit 10 im Staatsdienst angebrachten Dienstjahren werden für ihre Pension, also ohne Rücksicht auf vorhandene Staatsstellen, in das einstufige Beamtenverhältnis übergeführt.

Den Schulpraktikanten und entsprechend beschäftigten Offizieren werden die beamtenmäßigen Kinderzuschläge gewährt.

Die Mittel sind aus dem badischen Staatshaushalt beizutragen.

Karlsruhe, den 10. Januar 1933.
Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden
A. Kraft und Fraktion.

Verleumdung aus persönlicher Verärgerung

Der Beschimpfer Robert Wagners verurteilt

Karlsruhe, 10. Jan.

Wie wir gestern schon berichtet konnten, wurde am Montag einer der Verleumder und Beschimpfer anderer badischer Gauleiter Robert Wagner vom Amtsgericht Karlsruhe verurteilt. Der Druckermeister Zimmermann aus Karlsruhe erhielt hier seine Strafe für beleidigende und unwahre Angriffe, die er nun seit Jahr und Tag erhebt.

Herr Zimmermann ist nicht nur körperlich, sondern auch geistig gebrechlich, wie sich in der Verhandlung zeigte. Dieser geistige Zustand läßt erklärlich erscheinen, daß sich bei ihm fixe Ideen festsetzen, von denen er nie mehr getrennt wird, wie es der Rechtsbeistand des Pg. Wagner, Pg. Rupp, in seinem Plaidoyer feststellte.

Wollte er glauben, die NSDAP. habe ihm Unrecht zugefügt, ließ Zimmermann gefällige Rundschreiben gegen Gauleiter Wagner los, ja, er schenkte sich nicht, mit dem „Volkseigenen“ zusammenzuwerfen. Er machte es also genau so, wie es die dunklen Ehrenmänner der Väter Reichsgemeinschaft heute wieder tun, die zwar verleumden können, aber nicht den Mut haben, vor Gericht für ihre dreifache Tätigkeit einzustehen.

Herr Zimmermann hatte seinen Sohn als Beistand mitgebracht, angeblich „um Schriftsätze zu verlesen“. Die Konstitution dieses Täters der badischen NSDAP. scheint für eine solche Aufgabe also wirklich schlecht geeignet zu sein. Der von Zimmermann angerufene Zeuge ist bei Anruf nicht anwesend, weil er „zuerst zu Mittag essen mußte“. Dieser Hungerrige kommt noch rechtzeitig, bevor ein Gerichtsbefehl gegen ihn ergeht.

Der beistandsbefähigte Herr Zimmermann macht gleich zu Beginn der Verhandlung einen Rückschlag, indem er behauptet, sein „vertrauliches Rundschreiben“ habe der „Volkseigenen“ gegen seinen Willen abgedruckt. Einen zweiten Artikel habe der „Volkseigenen“ allerdings auf seinen Wunsch gebracht und zwar habe er dies getan

aus „persönlicher Verärgerung“.

Diese „persönliche Verärgerung“ war entstanden, weil Gauleiter Wagner dem Druckermeister den Vertrieb eines Kalenders unterlagte hatte, der mit dem nationalsozialistischen Hakenkreuz geschmückt war und in dem sich beispielsweise ein Artikel befand, der Propaganda für die Deutsche Kirche machte. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß der Vertrieb eines solchen Kalenders von Gauleiter Wagner verboten werden mußte, weil nur parteiamtliche Erzeugnisse das Hakenkreuz tragen dürfen und die NSDAP. sich bekanntlich in kirchlichen und religiösen Fragen neutral verhält.

Es also nicht dulden kann, daß unter ihrem Deckmantel für die Deutsche Kirche Propaganda gemacht wird.

So scham hätte Herr Zimmermann selbst sein können, wenn er vom nationalsozialistischen Programm einen Funke gehabt hätte. Die politische Geistesverwirrung des „persönlich verärgerten“ Zimmermann zeigt sich nun in seiner heute wiederholten Behauptung, Hitler sei mit der Deutsche Kirche verbunden!

Weiter war Herr Zimmermann verärgert, weil er aus alten Zeiten, aus dem Jahre 1924, Vorurteilen gegen die Deutsche Partei hatte, welche damals von dem inzwischen unheimlich bekannt gewordenen Herrn Klop gesteuert wurde. Diese Schulden hätte er gerne bezahlt, aber das war zu spät, weil er nicht von dem ihm geistesverwandten Herrn Gellmuth Klop, sondern von Gauleiter Robert Wagner, der erst 1925 nach Baden kam und die NSDAP. gründete.

Um aus seiner mißlichen Prozedur-Lage herauszukommen, erhebt der Beklagte plötzlich in mitten der Verhandlung Widerstand und be-

weist erneut seine praktische Unzulänglichkeit, da sich der Begriff „Immunität“ nur verwirrt in seinem Kopf spiegelt. Das Gericht hält die Widerlage für unzulässig.

Gauleiter Wagner erklärt, bei der Privatklage komme es ihm nicht auf eine Bestrafung Zimmermanns, sondern auf eine Klärung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen an. An der Verschleppung der Sache treffe ihn keine Schuld, im Gegenteil habe er dauernd auf die Erledigung gedrängt.

1925 erst ist Pg. Wagner wie erwähnt mit Herrn Zimmermann bekannt geworden. Früher haben in Baden nur eine Menge von Verbänden bestanden, deren Rechtsnachfolgerin die von Pg. Wagner ins Leben gerufene Gau Baden der NSDAP. Adolf Hitlers nicht ist. Alle Anträge, die von der NSDAP. Gau Baden gegeben wurden, wurden bezahlt. Die Schulden, über die Herr Zimmermann klagt, kommen aus dem Jahre 1924 und wurden zum Teil von dem inzwischen bei der Sozialdemokratie gelandeten Dr. Klop gemacht. Rechtlich war die NSDAP. Adolf Hitlers nicht haftbar für die Schulden, die 1924 von allen möglichen Verbänden, Verbänden und Personen gemacht wurden. Die Partei Adolf Hitlers bestand aus einigen hundert Männern, die selbst hungerten, wo hätten sie das Geld dazu hernehmen sollen, um anderer Leute Schulden zu zahlen?

Um Zimmermann zu helfen, wurde ihm der Druck des „Führer“ angedroht, was er ablehnte. Als Zimmermann 1929 in die NSDAP. Hitler eintrat, gab ihm Pg. Wagner sofort viele Druckaufträge, um ihn für früher erlittene Verluste zu entschädigen, trotzdem das zu keinerlei rechtlicher Veranlassung bestand.

Als Zimmermann dann den erwähnten Kalender drucken und vertreiben wollte, kam es aus den genannten Gründen zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf Zimmermann aus der Partei ausgeschlossen werden mußte.

Auch der Ausschluss des Zimmermann aus der Partei erfolgte nicht wegen des Druckes des Kalenders, sondern aus anderen Gründen, die im Urteil enthalten sind.

Der den alten Nationalsozialisten beständig bekannte Herr Klop, abgesetzter Gauleiter der NSDAP., ist von Herrn Zimmermann als Zeugen geladen worden. Er ist es, der sich für die Verhandlung erst stärken mußte. Er kann nichts Wesentliches ansetzen.

Pg. Rechtsanwalt Rupp zeichnete den merkwürdigen Charakter des Herrn Zimmermann, der als angeblicher alter Nationalsozialist den „Volkseigenen“ mit unrichtigem Material beliefert. Die Kalenderangelegenheit sei im Zivilprozeß geklärt und Herr Zimmermann vom Gericht abgewiesen worden.

Wenn Herr Zimmermann alte Ansprüche zu haben glaube, müsse er sich an Herrn Klop wenden, der schließlich Geld genug habe, sonst hätte er nicht dieses Jahr alle Broschüren verschicken können.

Die Gemeinheit des Herrn Zimmermann sei bewiesen durch die Angriffe auf Herrn Wagner, weil er Offizier war. Herr Wagner sei mit seinen Soldaten durch die und dann gegangen und keiner von den Offizieren gewesen, die Monokel und Uniform aus Eitelkeit trugen.

Herr Wagner sei die Höhe der Strafe gleichgültig. Es handle sich nur darum, diesen unwahren Behauptungen des Herrn Zimmermann endlich den Garaus zu machen.

Die Schlussworte des Herrn Zimmermann zeigten nur, wie demütigendswert dieser Mann in seiner unbeschreiblichen Verbitterung ist. Zimmermann wurde dann wegen Beleidigung in Tateinheit mit bläher Rede zu 30 Mark Strafe und Tragung der Kosten verurteilt. Die Verurteilung im „Führer“ und „Volkseigenen“ wurde verfügt.

Der Landtag beschließt im Falle der Ablehnung des obigen Antrags:

1. Außerplanmäßige Beamte werden nach Ablauf von 10 im Staatsdienst zugebrachten Dienstjahren wie planmäßige Beamte behandelt.

a) hinsichtlich ihres Ansehens,
b) bei Krankheit,
c) hinsichtlich des Sterbe- und Versorgungsgelds.

2. Den Schulpraktikanten und entsprechend beschäftigten Offizieren werden die beamtenmäßigen Kinderzuschläge gewährt.

Die Mittel sind aus dem badischen Staatshaushalt beizutragen.

Karlsruhe, den 10. Januar 1933.
Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden
A. Kraft und Fraktion.

Schluß mit dem Terror gegen NS-Beamte

Die letzte Verfolgungswelle (nach 1930) zeigte in Baden mindestens 34 Disziplinaruntersuchungen gegen Beamte, die sich, wie es unstrittig ihr gutes Staatsbürgerrecht war, politisch betätigten. Da die Regierung sich offenbar sehr bald darüber klar geworden war, daß sie mit der Durchführung förmlicher Disziplinarverfahren nicht zu dem ihr gewünschten Ziele kommen würde, hielt sie die Untersuchungen hin, bis ihr die Hauskassennotverordnung 1931 die Möglichkeit in die Hand gab, solche aus politischen Gründen mißliebige Beamte „aus Sparmaßregelngründen“ abzubauen.

Der Landtag beschließt:
Beamte, die aus irgend welchen Gründen abgebaut wurden, nachdem gegen sie vorher aus politischen Gründen eine Untersuchung geschwebt hatte, sind wieder in ihre alten Rechte und Bezüge einzuführen. Etwas erlittene Gehaltsminderungen sind zu erlassen.

Beamte, die wegen Verletzung ihrer Dienstpflichten zur Ruhe gesetzt wurden, sollen nicht hierunter.

Karlsruhe, den 10. Januar 1933.
Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden
A. Kraft und Fraktion.

Beit. „Führer“

Kurze Anfrage Nr. 16.

Im vergangenen Jahre wurde die Ueberweisung der amtlichen Bekanntmachungen an den „Führer“ im Hinblick auf die Einstellung dieser Zeitung zum Staat von der Regierung abgelehnt.

Inzwischen haben sich die Ansichten geändert. Nach einer Auffassung erregenden Rede des Staatspräsidenten Dr. Schmitt ist die NSDAP. nicht mehr als staatsfeindlich zu betrachten. Es wäre daher auch nicht mehr wie recht und billig, daß der „Führer“ von der Regierung genau so behandelt wird, wie die parteiamtlichen Organe der anderen nicht staatsfeindlichen Parteien.

Wir fragen an:

Ist die Regierung bereit, das amtliche Organ der höchsten badischen Partei, den „Führer“, der mit der höchsten Abonnentenzahl aller Zeitungen in Baden sowie in Karlsruhe hat, als Veröffentlichungsblatt für das Jahr 1933 anzuerkennen?

Karlsruhe, den 11. Januar 1933
A. Kraft und Fraktion

Die Süddeutsche Zeitung
Rufst
im Süddeutschen Gau!

JAGD 5 Millionen

Kriminalroman

NACH WELDEN

von Wilhelm

19. Fortsetzung

„Halten Sie das Haus besetzt!“ rief Kennedy und eilte ins Freie. „Schnell zum Rondon, Watts.“

Ein kalter Wind legte über die Straße, einen Augenblick waren die beiden Detektive wie gelendet und tappten hilflos im Dunkel. Kennedy war keine fünfzig Schritte gegangen, als ihm ein lautes „Dast!“ aus dem Nebel entgegen schallte.

Er blieb stehend und sah sich einem Polizeioffizier gegenüber. Der sah ihn und Watts mit erschauten Augen an: „Sie hier? Die Herren sind doch eben mit dem gleichen Wagen, mit dem Sie gekommen sind, in der Richtung nach Southampton hier durchgefahren.“

„Pfui!“ sagte Watts. „Wir waren doch die ganze Zeit in der Taverne.“

Doch Kennedy hatte die Situation schon erfasst. „Der lieber Watts, ist das doch, das ich gesucht. Die Bande ist noch nichts näheres eigenes Wagens entkommen.“

Als sie zur Taverne zurückkehrten, sahen sie, daß Kennedys Dienstwagen wirklich verschwunden war. Unter dem Schutze der Dunkelheit und mit Hilfe eines Polizeiautos war der Wirt vom „Seemann“ mit seiner Beute entkommen.

„Haben Sie eine Ahnung“, fragte Henry Watts, als die beiden Detektive sehr überredlich und abgepannt im ersten Morgenschneid nach London zurückkehrten, „warum Dean Creechley oder wer es sonst sein mag, dieses Mädchen gefangen hält?“

„Offen gestanden — nein“, antwortete Ralph Kennedy. „Augenblicklich interessiert mich ein anderer Punkt mehr: Ich habe ein unbezwingliches Verlangen, einmal einen Blick in das Gewerbe von Lord Montfords Stammbaum zu tun. Übrigens — haben Sie den toten Hund gefunden?“

„Ja“, gab Watts kleinlaut zu. „Wie aber, um Gottes willen, konnten Sie wissen, daß sich in irgendeinem Garten irgendeines Menschen, von dem wir heute noch nichts Näheres wissen, als daß von ihm nichts zu wissen ist, ein toter Hund vergraben war?“

„Weil er mir fehlte.“

„Wo?“ fragte Henry Watts mit staunend aufgerissenen Augen.

„In meiner Theorie“, gähnte Kennedy und schlief ein.

Das erste, was Kennedy tat, als er wieder ins Bett kam, war, daß er sich ins Bett legte. Erst gegen ein Uhr mittags weckte ihn ein Klopfen. Unwillig über die Störung drümmte Kennedy ein verschlafenes: „Hörst du?“

Ein Mann in blauem Overall erschien, sichtlich sehr verdächtig, um diese Zeit noch jemand im Bett anzutreffen. Mit einer Entschuldigung wollte er sich schnell wieder entfernen, doch Kennedy, wieder in freundlicher Stimmung, forderte ihn zum Eintreten auf.

Der Mann sprudelte einige weitere verlegene Entschuldigungsworte hervor und rühte dann mit seinem Anliegen heraus: er sei Elektrotechniker und hätte den Auftrag, das Tele-

phon auszuwechseln. Doch wenn es dem Herrn jetzt nicht gerade genehm sei...

Kennedy war es angenehm. Schließlich waren Elektrotechniker nicht darauf vorbereitet, zu Mittag heute im Bett anzutreffen. Ein paar Griffe dann fand ein nagelneues Telefon da und der Mann zog mit neuerlichen Entschuldigungen, den alten Apparat unter dem Arm, wieder ab.

Kennedy, jetzt schon beinahe dankbar, daß ihn der Elektrotechniker aufgeweckt hatte, gab dem Mann ein paar Zigaretten, die er erkrankt einsteckte.

Schnell kleidete sich der Detektiv an. Eine Tasse kaltes Wasser hatte ihn wieder frisch gemacht und er überlegte, in welcher Richtung er jetzt seine Nachforschungen fortsetzen sollte.

Die Spur Kilens war augenblicklich verwischt. Da mußte man abwarten. Sicher war nur, daß die Mitteilung von Creechleys von einer Reise nach Kanada ebenso eine Irrfahrt war, wie die Sache mit der Argentinienreise. Die Entdeckung des toten Hundes in Goldenstones Garten wieder hatte Kennedys Theorie über den Fall Goldenstone vollkommen bestätigt.

In dieser seltsamen Entdeckung hatte ihn ein sofort nach seiner irrtümlichen Verhaftung vorgenommene genaue Untersuchung von Goldenstones Arbeitszimmer gebracht, so daß er sich nicht mehr in Zweifel darüber war, daß diese Theorie die einzig richtige war. Im Zusammenhang damit fiel ihm Madox Murray vom „Morning Telegraph“ ein. Kennedy hatte

einmal gehört, daß hypnotisch verursachte Gedächtnisstörungen behoben wurden, wenn man den Hypnotisierten das auf den Kopf aufsetze, was er vergessen hatte und so die gelähmte Reproduktionsfähigkeit wieder erwecke. Vielleicht stimmten ihre beiden Theorien wirklich überein und Murrays Gedächtnisstörung ließ sich derart beheben. Dieses Experiment interessierte Kennedy und er schloß, auf diese Weise auf einen neuen Schlüssel zu finden. Es war ja wahrscheinlich, daß sich der Reporter dann auch an die näheren Umstände erinnern würde, unter denen seine Entführung vor sich gegangen war.

Kennedy fand im Telefonbuch die Nummer des „Morning Telegraph“ und griff schon zum Hörer, als ihm einfiel, daß er ja heute auch den Stammbaum derer von Montford einem näheren Studium unterziehen sollte. Er blätterte daher im Telefonbuch weiter und suchte sich ein paar passende Bibliotheken heraus, in denen er genealogische und heraldische Werke sowie ein paar neue Adressalender zu finden hoffte.

Erst unterwegs fiel ihm ein, daß er ja ursprünglich Madox Murray anrufen wollte. Er klopfte den Wagen bis zur nächsten öffentlichen Telefonzelle ab und rief den „Morning Telegraph“ an. Der Reporter war gerade in der Redaktion und willigte ein, Kennedy um vier Uhr im Hotel aufzusuchen.

„Sollte ich zufällig etwas später kommen,

warten Sie, bitte, in meinem Zimmer auf mich...“ schloß Kennedy das Gespräch.

In den nächsten Stunden durchforstete er ein paar Bibliotheken, bis er endlich in der dritten eine Ausgabe der „Leicestershire Pedigree“ fand.

Zu seiner Überraschung stellte sich heraus, daß das Geschlecht der Montfords — wie er sah, eine kräftig abgepaarte und wenig bekannte Seitenlinie eines der glänzendsten englischen Adelsgeschlechter — und wider seine Erwartung noch nicht ausgestorben war. Ein Charles Earl of Montford, der ein Schloß in Sussex besaß, wurde, erschien als letzter Spröß der Familie.

Diese Entscheidung bereitete Kennedy viel Kopfzerbrechen. Genauer gesagt, warf sie seine sämtlichen bisherigen Kombinationen vollkommen über den Haufen.

Schon brach die Dunkelheit herein und noch immer studierte Kennedy auf das genaueste alle Zusammenhänge. Sein Bleistift flog in kleinen schnellen Zickzacklinien über das Papier, beinahe war die Abschrift des Stammbaumes fertig, da machte er eine seltsame Entdeckung...

Henry Watts fuhr, von Scotland Yard kommend, beim Abzug vor.

Er hatte die schweigsame Dolly von Southampton nach London herbeigeholt, wo ihre Identität auf Grund der daktylologischen Untersuchung festgestellt worden war. In einem zweistündigen Verkehr hatte er aus ihr einige unwesentliche Details herausgepreßt, die er aber für sehr neuartig hielt. So wies er, daß er sie Kennedy augenblicklich persönlich mitteilen wollte.

„Mr. Kennedy dürfte in seinem Zimmer sein“, erwiderte der Portier auf Watts' diesbezügliche Frage. „Er lagte beim Weggehen, daß er um fünf Uhr bestimmt zurück sein werde und man solle etwaige Besuche auf sein Zimmer schicken. Jetzt ist es schon halb sechs. Wenn sich also der Herr hinaufbewegen wollte...“

Watts bemühte sich. Sureding stieg der Dikt ins zweite Stockwerk, dann stand der Detektiv vor Kennedys Zimmer und klopfte.

Fortsetzung folgt

Ein Teufelchen auf der Fockmastrabe / Skizze von Franz Friedrich Oberhauser

Mit den Zugvögeln war Christian Rad von seinem deutschen Heimatdörfchen fortgezogen; in einer Schenke von Marseille machte er eines Abends die Bekanntschaft eines Piemontesen, Cagnasso. Es blieb eine Kameradschaft, die beide schließlich nach China führte.

„Es ist nebenbei, womit wir uns in China ein schönes Stück Geld verdienen“, erzählte Christian Rad. „Wir führen dann von Kobe nach Indien. Es war eine wunderbare Reise; auf dem alten Segler, der hier noch immer seinen Frachtdienst tat, gab es wenige Passagiere.“

In der Gegend des Äquators hing unser Schiff plötzlich im Reg ein Windstille fest. Und hörte das wenig; es konnte ja nur einige Stunden dauern. Es war ein wunderbarer Tag; der Himmel von jenem unbeschreiblichen Blau, das schwer und fest ist und dennoch leicht wie Glas, ein silberner Schimmer hing in der Luft und zog in der Ferne ein funkelndes Band über das stille, ruhige Meer.

Einige Matrosen begannen das Banjo zu schlagen und mit einer perkussionistischen Ziehharmonika zu spielen; es gab Mädchen an Bord, mit denen es sich sehr gut tanzen ließ.

Alles war gut und schön, und wohl deswegen erneuerte der Kapitän, um die Langeweile vom Bord zu jagen, am zweiten Tage anseher

Djeanraut das berühmte Fest des Wendekreis, jene Saturnalien.

Die Matrosen hatten sich grotesk verkleidet, die wenigen Passagiere mußten sich neben einigen Schiffskenten taufen lassen. Ein Mann mit einem hölzernen Säbel begann die Zeremonie des Barbiers zu spielen. Es war ganz unterhaltsam. Da bemerkte ich plötzlich einen Schiffsjungen — oder war es ein Mann, der so klein war wie ein Junge? — in der gelungenen Maske eines Teufelchens, der sich wie eine Spinne in das Tauwerk schlang. Ein eigenartiges Gefühl lag in mir auf, die Angst klopfte in meiner Brust. Aber ehe ich etwas sagen oder tun konnte, hatte sich Cagnasso den Händen des Barbiers entzogen und sprang wie eine Gans, federnd, übermütig und voller Lust auf das Tauwerk zu.

Das Bad in der alten Wasserlufe war ihm zu gewöhnlich; er hatte ja immer etwas aus der Art Gefährliches im Sinne. Er erkletterte mit einem lauten Auf der bedenkenlosen Freude, die plötzlich wie ein Querschnitt in uns empor schickte, die Wandtaue. Und da sah ich wieder jenes kleine Teufelchen oben auf der Fockmastrabe, und ganz deutlich bemerkte ich, wie es dem klaubhäftigen, übermütigen Cagnasso zuwinkte. Verdammt! Ich fand keinen Laut, um Cagnasso zu warnen. Und da, in diesem Augenblick hatte der Piemontese den Fockmast erklettert, ließ dem Teufel auf der Nahe nach, ein seltsames Lachen folgte wie ein irrer Vogelruf zu uns herab, dann fand Cagnasso am Ende der Nahe, er breitete die Arme aus, und mit einem Salto mortale, wie ich einen schöneren nie in meinem Leben gesehen, stürzte sich der Freund kopfüber in das stille Meer.

Lauter Beifall rieselte ihm nach. Die Matrosen machten runde Augen und hatten lange Zähne und rieben sich die Hände. Das war ein Sprung! So ist noch keiner von der „Mövenflut“ abgesprungen. Das Teufelchen auf dem Girkbaum stieß einen spizen, einzigen Schrei aus, aber niemand schien ihn zu hören. Alles sah hinaus auf das Meer und wartete darauf, bis Cagnasso wieder auftauchte.

Aber Cagnasso ließ sich Zeit; als wäre jenes Teufelchen in ihn gefahren, spielte er in sünderhafter Lust mit seinem Leben.

Und jetzt schoß etwas aus dem Meere hervor. Die Wasser trugen einen blinkenden Krustentierchen, der sich blühend unsern braven Schiff näherte, und dann hob sich ein Hai aus dem Wasser, und zu derselben Zeit tauchte auch Cagnasso auf. Er hatte den Tiger der Meere bemerkt. Aber er wäre nicht der tolle Cagnasso gewesen, wenn er in diesem Augenblick seine Ruhe verloren hätte.

Augen in Augen mit dem spielenden, lauernden Feind, verlor der Schwimmer das Schiff zu erreichen. Aber spielerisch, geschmeidig in

seiner unbeschreiblichen Wucht schnitt ihm der Hai, hinter ihm der ewige Pilot, den Weg ab.

Jetzt begann Cagnasso das Schiff zu umschwimmen, nach Rettung suchend. Der erste Schrecken, der sich schmend auf alle Zuschauer gelegt hatte, wich, um und der rasenden Spannung auszuliefern, mit der wir das Bett schwimmen verfolgten. Ein Matrose, noch im Kostüm Reptils, warf Cagnasso ein Tau zu, das dieser sofort ergriff und um die Schulkern zog. Dann begann er wieder langsam an der Breitseite des Schiffes dahin zu schwimmen. Indessen hatten auf Befehl des Kapitäns noch zwei Mann den Mast erklettert, und alle drei nahmen nun das Tau fest in die Hände, um sich damit in die Pagale fallen zu lassen und so den Schwimmer blitzschnell aus dem Wasser zu ziehen.

Ein kurzer Augenblick der Verständigung, dann ein dumpfes Hallen von Körpern, und Cagnasso schwang sich hoch in die Luft.

Aber der Hai hatte inzwischen den Schwimmer unabhängig umkreist. In demselben Augenblick, als der Körper das Wasser verließ, legte sich der Hai auf die Seite und schoß nach einem kleinen Anlauf wie ein Springer auf den Menschen zu. Er erhob sich in luftüberer Gewandtheit, senkrecht stehend. Wie eine grauenhafte Lanze schimmerte der schlanke Körper in der Luft. Ein breiter Rachen öffnete sich, einige Reihen dreikantiger Zähne. Cagnasso hatte ein Bein verloren...

Eine furchtbare Last legte sich auf uns. Was war diese verdammt Windstille dagegen! Der Sieger hatte die Tiefe des Meeres erreicht; zuckend hing am Seil das Opfer des grauenhaften Kampfes.

In derselben Stunde erhob sich ein Wind, gleichsam aus der Stille des Meeres, vom Spiegel dieses ländlichen blauen Traumes fort und trieb unser Schiff weiter.

Ich mußte den ganzen Tag und den ganzen Abend und die ganze Nacht auf den Girkbaum sehen, wo der kleine Teufel dem Cagnasso gewinkt hatte; dieser Dämon war verschwunden, als wäre er in seinen Körper gefahren, um ihn fortzunehmen. Kein anderer als dieser kleine Teufel hatte meinen Freund zu diesem toten Beginn verführt, niemals aber die Verlockung, den Mädchen seinen Schneid zu zeigen, denn diese hätten alles darum gegeben, Cagnasso davon abzuhalten; sie blieben nach diesem Zwischenpiel verführt und erschüttert in ihren Raststätten, und selbst die Matrosen trieben sich wie Schatten umher.

Für mich wurde Cagnasso eine Art Begriff: So kann in unser Leben plötzlich ein Ereignis treten, das, wenn wir nur Zuschauer sind, unsere Welt der Gefühle mit einem finsternen Pies streift; das einen Schatten und zuwirft, mit dem man gütig sein muß und vergehend, um ihn zu vergessen.

Die Antilope mit dem Benzinmagen

Eine wahre Begebenheit.

Abenteuer, wie sie und die ersten Durchquerer des Schwarzen Erdteils berichteten, gehören heute in Afrika zu den größten Seltenheiten. Immerhin kann man auch jetzt noch allerlei Überraschungen erleben, und der frisch aus England zugereiste Großwildjäger, der kürzlich in der Nähe von W'onga-W'onga eines Morgens aufzog, um einen Rudock zu schießen, wird an sein Erlebnis noch einige Zeit zurückdenken. Der mit allen Erzeugnissen der Neuzeit — mithin auch mit einem Kraftwagen — für seinen Jagdzug ausgerüstete Herr setzte sich wohlgeruhet auf sein Motorfahrzeug und fuhr in die Steppe hinaus. In einer ihm geeignet erscheinenden einsamen Gegend angekommen, stellte er das Rad an einer passenden Stelle auf und prüfte dann durch die mit hohem Gras bestandene, mit lichter Puschmelz durchsetzte Steppe. Aber er hatte es schlecht getroffen, in dieser Gegend zeigte sich nicht die geringste Spur von Wild irgendwelcher Art. Obgleich er stundenlang in abfahrender Höhe kreuz und quer die Steppe durchkretzte, fand sich keine Gelegenheit, eine Antilope anzubringen. Aber halt, was war das?

Durch das hohe Gras fast seinen Blicken entgangen, bemerkte der Nimrod zwei gekrümmte, weitläufige Hörner. Also war die Nähe doch nicht vergeblich gewesen; auf 50 Schritt stand dort offenbar ein starker Bock einer nicht genau auszumachenden Antilopenart. Vorsichtig hob der Jäger die Wäsche, hielt einige Handbreit unterhalb des schlecht sichtbaren Gehörns und drückte ab. Ein eigentümlicher, von einer Antilope nie gehörter Ton erklang, aber nichts regte sich drüben. Der Nimrod wandte eine zweite Kugel dran — mit dem gleichen Ergebnis. Reichlich erstaunt prüfte er sich dann mit aller Vorsicht zu seinem Opfer hin und fand — daß er seinem vor einigen Stunden zurückgelassenen Motorrad zwei Räder gerade durch den Benzinmagen gefaßt hatte! Der kostbare Treibstoff war restlos ausgelaufen, und der Jägermann hatte nun das Vergnügen, seine schwere Maschine einige Stunden weit durch den Sand und die Sonne Afrikas nach Hause zurückzuführen. Ob er die irrtümlich für ein Antilopengehörn gehaltene Ventillange seines Rades als Jagdtrophäe aufgehängt hat, darf man füglich bezweifeln.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Die österreichischen Bischöfe gegen Zinswucher, Truste und Konzerne

Die wirtschaftlichen Programmforderungen des Nationalsozialismus finden eine glänzende Rechtfertigung

Gefällig, wie das Zentrum von jeher war, so auch über die wirtschaftlichen Grundforderungen des Nationalsozialismus vom Völkler. Da war alles Utopie, was von uns propagiert wurde; nicht genug konnten sich die schwarzen Jellenschilder tun in der Diskreditierung der Maßnahmen, die von Adolf Hitler und seinen Mitarbeitern zum Wiederaufbau Deutschlands gefordert wurden.

Jedermann weiß, daß zu diesen Maßnahmen in erster Linie der Kampf gegen die Zinswucherpolitik der Banken gehört, daß wir von unserer Forderung der Verstaatlichung des Bankwesens nicht abgehen dürfen, daß das Geld aus seiner Herrschaft wieder in die Hände des Volkes der Wirtschaft zurückgedrängt werden muß. Die Brechung der Zinswirtschaft ist der zentrale Programmpunkt, dessen Durchführung die Voraussetzung eines Wiederaufbaus der deutschen Volkswirtschaft sein wird.

Darüber hinaus gilt unser steter Kampf auch den Trusten und Konzernen, die unter dem schwarzen roten Regiment der letzten 14 Jahre äppig wuchern und den Mittelstand aufressen konnten.

Vor einigen Tagen konnten wir einen Beschluß des tschechischen Ministerpräsidenten auf zwangsweise Zinsenkung ab 1. Januar bekanntgeben. Heute bringen wir einen Beschluß der österreichischen Bischofskonferenz, die vom 22. bis 24. November in Salzburg tagte und die sich u. a. mit Wirtschaftsfragen der Gegenwart beschäftigte.

Dieser Beschluß ist eine glänzende Rechtfertigung der alten programmatischen Forderungen der NSDAP.

Es heißt hier: „Die österreichische Bischofskonferenz erhebt ihre Stimme in Anbetracht der jetzigen Wirtschaftslage zu überaus dringenden Bitten und nachdrücklichen Forderungen.“

Von überaus bitter, ja bitterste Klagen über die immer lähmbarer werdende Verarmung und die steigende Not. Ungezählte Menschen können keine Arbeit finden, Familien müssen ihre Familien darben, ihre Kinder hungern sehen. Gewiß sind der Ursachen viele, aber darunter ist immer wieder eine, auf die vor allem verwiesen werden muß, weil sie mit unerminderter Gewalt immer auf neue die Wirtschaftslage schädigt, das ist der Wucher in den verschiedenen Formen.

der zwar, wie Leo XIII. schrieb, schon oft und oft von der Kirche verurteilt wurde, dennoch aber von hab- und gewinnlästigen Leuten in moderner Form immer wieder betrieben wird.“ Heute sehen wir, daß

ein die ganze Wirtschaft beherrschender Zinswucher

diese nicht mehr aufleben läßt. Wir österreichischen Bischöfe schreiben in den „Lehren und Weisungen über soziale Fragen der Gegenwart“ schon im Jahre 1925: „Das Bank- und Kreditwesen mit dem Börsenspiel ist zu einem Giftbaum geworden. Es blend den Finanzmächten, die Wälder zu bewahren und auszunutzen, dem Fleißigen laßt alle Ertragsanteile wegschleichen und immer weitere Kreise durch die Verarmung in allgemeine Abhängigkeit und in eine wahre Sklaverei zu bringen. Diesen Geldmächten ist nicht bloß die Arbeiterklasse, sondern auch sehr viele Unternehmer, Klein- und Großfabrikanten, besonders aber die Gewerbetreibenden und der Mittelstand unterworfen.“

Pius XI. gab uns recht, wenn er in seinem „Quadragesimo anno“ über die gesellschaftliche Ordnung schreibt, „daß die Herrschaft und Vorrat des Finanzkapitals und unbeschränkte Verfügung haben über den Kredit und seine Verteilung nach ihrem Willen bestimmen“, und dann sagt: „Mit dem Kredit beherrschen sie den Blutkreislauf des ganzen Wirtschaftsverkehrs. Das Lebenselement der Wirtschaft ist damit unter ihrer Faust, daß niemand gegen ihr Geheiß auch nur zu atmen wagen kann.“

Wir österreichischen Bischöfe wiederholen darum mit allem Nachdruck die Mahnung an die Vorkämpfer, die wir schon damals ausgesprochen haben, „den Reichtum zum Wohle der Gesellschaft zu verwenden, durch ihn immer neue Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitsuchenden zu schaffen, weil alle Menschen, die arbeiten können, ein Recht zur Arbeit haben.“

Fretlich müssen wir auch den Hinweis wiederholen, „daß auch viele christliche Kreise von diesem verwerflichen Geiste der Geldspekulation angesteckt worden sind“. Und neuerdings mahnen wir, „Handwerker und Bauern sollen wieder Geld zu billigen Zinsen bekommen können“. Nicht zuletzt wird es

Aufgabe der Gesetzgebung

sein, Wege zu finden, der Gerechtigkeit gerade auf diesem Gebiete Geltung zu verschaffen und

damit den Grund zu legen für ein neues Aufblühen der Volkswirtschaft.

Wir erinnern nur an eine der erschreckenden Folgen solchen Zinswuchers, die sich in der ganzen Wirtschaft zeigen.

Wir denken an den Bauernstand.

Sein Wohlstand sinkt, die Schuldenlast steigt, alle seine Ertragsanteile auf die Konten mehrerer sich, alleingelassen Bauern sehen sich genötigt, ihre Äcker zu verkaufen und abzuwandern in die Städte. Der Bauernstand hört immer mehr auf, die Grundlage der Wirtschaft zu sein, und das vermehrt das Proletariat in ungemessene und verschärft die sozialen Konflikte.

Durch den Zinswucher werden aber auch die wirtschaftlichen Unternehmungen aller anderen Art geschädigt, so geradezu unmaßgeblich gemacht.

Die Produktion erstarrt immer mehr, die Geschäfte gehen flau und immer flauer. Das alles ist, wie gesagt, schwer auf der ganzen Gesellschaft. Wer kann leugnen, daß darin eine der Hauptursachen der vielfachen Verblüffung zu sehen ist? Und kein Zweifel, daß sich darin die Hauptkraft, die nach der heiligen Schrift eine „Wurzel aller Übel“ ist, auswirkt.

Gewiß läßt sich nicht schablonenhaft ein Zinsfuß als ein für alle Belange gerechter Zinsfuß feststellen. Pius XI. sagt im „Quadragesimo anno“: „Die gerechte Bemessung des Lohnes kann nicht nach einem, sondern muß nach einer Mehrheit von Gesichtspunkten geschehen“, wie Leo XIII. gesagt hat, „um die Lohnhöhe gerecht zu bestimmen, mehr Bestimmungen sind in Betracht zu ziehen“. So läßt sich auch nicht nur nach einem Gesichtspunkt ein gerechter Zinsfuß schablonenhaft feststellen.

Aber das ist unstrittig, daß das Wirtschaftleben durch den Wucher in der Zinsforderung förmlich vergiftet ist, was zum Ruin vieler Existenzen führt. Den rechten Weg und die rechten Mittel für die Regelung dieser Wirtschaftsverhältnisse zu finden und auszuordnen, ist ernste Aufgabe der maßgebenden Kreise, und dazu rufen wir österreichischen Bischöfe in der jetzigen Bedrängnis mit aller Eindringlichkeit auf.

Wir denken nicht nur an den Zinswucher, sondern auch an

den Preiswucher.

Dieser hat sich, wie wir auch schon im Jahre 1925 geschrieben,

„durch Monopole und Truste und Konzerne

der Preisbildung aller Lebensmittel bemächtigt und sich so die Möglichkeit geschaffen, ohne alle Rücksicht auf die Forderungen der Gerechtigkeit die Preise zu steigern und sich jeder Kontrolle darüber zu entziehen.“ Pius XI. hat in seinem „Quadragesimo anno“ über die gesellschaftliche Ordnung dieser unserer Mahnung Nachdruck verliehen, wenn er darauf hinweist, daß „die Teilung der Verantwortlichkeit und die Haftungsbeschränkung“ bei den heutigen Erwerbsgesellschaften „Anlaß geboten haben zu sehr vielen Mißbräuchen“, und fortführt: „Es zeigt sich, daß die auf diese Weise stark geschwächte Rechenschaftspflicht nur wenig Eindruck macht. Die schlimmsten Ungerechtigkeiten und Verbrechen spielen sich im Halbdunkel der Anonymität hinter der Fassade einer neutralen Firma ab.“ Damit ist dem Preiswucher Tür und Tor geöffnet, da der Öffentlichkeit jeder Einblick verweigert ist in die Geschäftsführung solcher übermächtigen Wirtschaftsgestalten. Auch hier muß die Gesetzgebung Wege finden, die es der Öffentlichkeit möglich machen, wucherische Preisgehaltungen zu erkennen, und muß die davon verursachte Bedrohung und offensichtliche Schädigung des Gemeinwohls hintanhalten. Der Preiswucher beschränkt sich aber nicht auf Kartelle und Konzerne, die durch ihre Monopolisierungsbestrebungen das Wirtschaftsgeschehen abschnüren. Es sind, wie Pius XI. schreibt, überhaupt „viele Gewissen so abgekumpft, daß ihnen zum Geldverdienen jedes Mittel gut genug ist und sie erst recht kein Mittel scheuen, um sich im Besitze des mit so arroken Anstrengungen Erworbenen gegen alle Bedrohungen des Wirtschaftsgeschehens zu behaupten. Die Leichtfertigkeit für jedermann, im unregelmäßigen Markt Gewinn zu machen, lockt viele zu Handel und Spekulation, die nur ein Ziel haben, möglichst mühelos und bequem zu gewinnen.“

Es sind die Verletzungen der Preisgerechtigkeit, es ist der Preiswucher, in dem Pius XI. einen der Hauptverfalls des heutigen Wirtschaftsgeschehens sieht und eine der Hauptursachen seines Verfalls.

Mit der Mahnung, all diesem Verderben wirksam entgegenzuarbeiten, verbinden wir aber auch auf diesem Wege die Ermunterung an alle Kreise der Bevölkerung.

für den bevorstehenden Winter der letzten Not mit opferwilliger Barmherzigkeit zu begnügen und damit Gottes Segen auf das Wirtschaftsleben herabzurufen, und empfehlen im besonderen, jede Möglichkeit zu benutzen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, da so „die heutige langandauernde Massenarbeitslosigkeit sich immer mehr“, wie Pius XI. in „Quadragesimo anno“ sagt, „als eine fürchterliche Gefahr auswirkt, den Wohlstand ganzer Länder vernichtet und eine Gefahr für öffentliche Ordnung, Ruhe und Frieden der gesamten Welt bedeutet“, Worte, die von einer Eindringlichkeit sind, daß sie nicht überhört werden können und wahrlich nicht überhört werden sollen.“

So blies zur Verwirklichung dieser christlichen Grundzüge die „allchristliche aller Parteien“, wo blies das Zentrum und seine führenden Herren, die Prälaten, Herr Prälat und der päpstliche Kammerherr?

Eine Partei, zu deren Hauptzielen der rheinische Bankier Hagen, vor seiner „Befreiung“ auf den Namen Hagen hörte, sagte, konnte es nicht wagen, so heiße Eisen anzuhaken.

Wahrhaftig, die Zentrumsgelüste hätten sich mehr verdient um das deutsche Volk erworben — sofern ihnen daran überhaupt etwas liegt — wenn sie, statt den Nationalsozialismus von der Kanzel zu schmähen, über den Zinswucher und die Gefahr der Truste und Konzerne predigen würden.

Den katholischen deutschen Arbeitern, Bauern und Mittelständlern, die dem Zinswucher und dem Konzernwesen zum Opfer bestimmt sind, rufen wir aber zu: Wendet euch ab von der Zentrumspartei, deren Blätter mit Klagen gegen die Bankenkonzerne angefüllt sind.

Kampf mit Adolf Hitler für Freiheit und Brot!

Der Nachteil von Auslandskrediten

Ein neuer Fall von Ueberfremdung

(Bericht unserer Berliner Schriftl.)

Berlin, 11. Jan. Die Glasfabrik Rodwin A.G. muß ihr Aktienkapital von 24 Mill. RM. im Verhältnis 10:1 zusammenlegen. Eine Wiederverhöhung auf 0,95 Mill. RM. ist nach dieser Zusammenlegung erfolgt. Die Gesellschaft ist zu dieser Maßnahme gezwungen, weil sie erhebliche Auslandskredite nicht mehr verzinsen, geschweige denn zurückzahlen kann. Bei der Wiederverhöhung des Aktienkapitals wird die Mehrheit des Kapitals von dem ausländischen Kreditgeber, der General Mortgage and Credit Corp. übernommen. Wahrscheinlich werden auch Vertreter dieser amerikanischen Gesellschaft in den Aufsichtsrat der Glasfabrik Rodwin eintreten.

Seit der dieser Fall der Ueberfremdung durchaus nicht allein in der deutschen Wirtschaft da. Bei der Glasfabrik Rodwin erkennt man im übrigen deutlich die Gefahr und den zweischneidigen Charakter von Auslandskrediten. Das Unternehmen ist bei der Aufnahme der Kredite bei der amerikanischen Gesellschaft zweifellos von der Absicht geleitet worden, die Einnahmen neuen Kapitals einen neuen Auftrieb zu erhalten. Bei der Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage im allgemeinen und der Lage der deutschen Glasindustrie im besonderen haben sich die an die Aufnahme des Auslandskredits geknüpften Erwartungen nicht erfüllt. Nun präsentiert der Kreditgeber seine Rechnung. Er macht dabei zweifellos noch ein recht gutes Geschäft, da er die Mehrheit des stark reduzierten Kapitals unter Anrechnung auf seine Forderungen übernimmt.

Er bekommt aber damit außerdem noch das Unternehmen reiflos in seine Gewalt. Vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft ist es natürlich außerordentlich zu bedauern, daß wieder ein altes deutsches Unternehmen unter ausländischen Einfluß gerät.

Abbruch der deutsch-tschechoslowakischen Kohlenverhandlungen

Berlin, 11. Jan. Die zwischen Vertretern der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung im Prag geführten Kohlenverhandlungen sind am Dienstag in den Abendstunden zum Abbruch gekommen. Nach den getroffenen Vereinbarungen tritt am 1. April ein neuer Vertrag in Kraft, der auf unbestimmte Zeit abgeschlossen wurde, mit der Möglichkeit einer vierteljährlichen Kündigung für beide Teile. Eine einmalige Kündigung kann Ende September zum 31. Dezember 1933 erfolgen. In dem Übereinkommen ist der Umrechnungskurs für den tschechischen Reichsmark festgelegt worden. Auf Grund dieses Umrechnungskurses wird ein Aufschlag der gegenseitigen Lieferungen herbeigeführt. Bei den Kohlenlieferungen wird allgemein eine Kürzung für Deutschland eintreten. Für die letzten drei Monate des letzten laufenden Vertrages sind gewisse Ablassungen auf das für die Ausfuhr vereinbarte Mindestmaß für Deutschland zugestanden worden.

Börsen und Märkte

Berliner Börse

Berlin, 11. Jan. Die Tendenz war heute auf allen Gebieten weiter freundlich. Die durchschnittliche Beurteilung der weiteren Abwärtsentwicklung bei den wichtigsten Aktienwerten und die ständige Abwärtsentwicklung im ersten Courant haben den Börsenbesuchern ein sehr gutes Gefühl gegeben. Auch die erneute Sicherung der deutschen Währung im Ausland dürfte die Unternehmungslust, zumal auf den verbliebenen Aktienwerten, zum Ausbruch bringen. Die sehr feste Haltung der Reichsbank dürfte, die die Hoffnungen auf einen entlastenden Zinsrückgang der Auslandskredite, insbesondere bei den Reichsbank, verleiht. Eine sehr festhaltende Haltung der Reichsbank dürfte, die die Hoffnungen auf einen entlastenden Zinsrückgang der Auslandskredite, insbesondere bei den Reichsbank, verleiht. Eine sehr festhaltende Haltung der Reichsbank dürfte, die die Hoffnungen auf einen entlastenden Zinsrückgang der Auslandskredite, insbesondere bei den Reichsbank, verleiht.

Berliner Devisen

vom 11. Januar			
	Geld	Dei	Preis
Buen-Air.	0,458	0,869	21,84
Kanada	8,786	8,741	5,568
Kon-tantin	2,000	2,017	41,80
Japan	0,869	0,711	73,12
Kairo	14,49	14,53	12,85
London	14,11	14,15	72,73
New York	4,300	4,217	16,425
Rio de Jan.	0,289	0,241	12,465
Uruguay	1,640	1,652	63,54
Amsterdam	10,33	10,67	79,72
Athen	2,19	2,202	81,16
Brüssel	58,94	58,46	3,07
Bukarest	2,450	2,490	3,48
Bud. post			76,92
Danzig	21,72	21,88	110,81
Helsinki	6,214	6,226	51,95

Baumwolle

Preiserhöhung 7,45.

Magdeburger Zuckernotierung

Magdeburg, 10. Jan. Zuckerraffinade, weiß, 96 und 98 Prozent, 100 Kilogramm, 10,40 bis 10,45. Zuckerraffinade, weiß, 96 und 98 Prozent, 100 Kilogramm, 10,40 bis 10,45.

Berliner Metalle

Berlin, 11. Jan. Metallnotierung für je 100 kg. Gold, 14,15 bis 14,20. Silber, 14,15 bis 14,20. Kupfer, 14,15 bis 14,20. Zinn, 14,15 bis 14,20. Blei, 14,15 bis 14,20. Nickel, 14,15 bis 14,20. Eisen, 14,15 bis 14,20.

Gold, 14,15 bis 14,20. Silber, 14,15 bis 14,20. Kupfer, 14,15 bis 14,20. Zinn, 14,15 bis 14,20. Blei, 14,15 bis 14,20. Nickel, 14,15 bis 14,20. Eisen, 14,15 bis 14,20.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 11. Jan. Getreide, Mehl, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Weizen, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Roggen, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Hafer, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Gerste, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Mais, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Soja, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Bohnen, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Erbsen, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Linsen, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5. Weizen, 193-205 kg 75 R. 193,5 bis 194,5.

